

August 2011

KURSWECHSEL FÜR EIN
GUTES LEBEN



metallzeitung

MITGLIEDERZEITUNG DER IG METALL | JAHRGANG 63 | D 4713

WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL

SEITE 6

**Steuerdebatte:
falsche Versprechen**

ARBEIT

SEITE 16

**Erfolg: Sichere Jobs
bei Harman Becker**

LEBEN

SEITE 22

**Krank im Urlaub:
Was man tun muss**

BEZIRK

SEITE 28



**ARBEITEN
AM LIMIT**

Aktuell

Besser nachrechnen: Mit Steuersenkungsversprechen will die FDP sich offenbar aus dem Umfragetief ziehen. Doch aufgepasst: Für Frau Wählerin und Herrn Wähler könnte die Rechnung am Ende teuer werden. Schließlich ist der Staat noch immer knapp bei Kasse. **Auf den Seiten 6 und 7 »**

Arbeit

Verlagerung verhindert: Die US-Konzernspitze hatte das Aus schon beschlossen. Doch die Beschäftigten des Autoradio- und Naviherstellers Harman Becker im pfälzischen Schaidt gaben nicht auf und sicherten mit Kampf und Taktik ihren Standort und ihre Arbeitsplätze. **Auf Seite 16 »**

Titelthema



Arbeit am Limit: Viele Arbeitnehmer haben nichts dagegen, dass es nach Krise und Kurzarbeit wieder richtig viel zu tun gibt und Gehalts- und Arbeitszeitkonten wieder aufgefüllt werden. Aber allmählich artet die Arbeit in Stress aus. Und der schadet der Gesundheit. Dagegen gibt es sehr wirksame Rezepte. **Auf den Seiten 18 bis 21 »**

Leben

Malade im Urlaub: Zur schönsten Zeit im Jahr zählt die Urlaubszeit. Manch einer verbringt seine Ferien jedoch unfreiwillig im Bett. Weisen Beschäftigte eine Arbeitsunfähigkeit vor, darf der Urlaub nicht verbucht werden. Welche Rechte haben Berufstätige, wenn sie im Ausland erkranken? **Auf Seite 22 »**

Chancen

Perspektive Prüfer: Wer eine Ausbildung beendet hat und anschließend den Nachwuchs prüft, bleibt fachlich immer auf dem neuesten Stand. Und erfüllt eine wichtige Aufgabe im Bildungssystem. Aber wie wird man Prüfer? **Auf Seite 26 »**

Impressum

Herausgeber: Berthold Huber,
Detlef Wetzels, Bertin Eichler,
Bearbeiter der Herausgeber:
Jan Engelhardt

Anschrift: Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund
(verantwortl. i.S.d.P.)
Chefredakteurin: Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst: Ilka Grobe
Redaktion: Dirk Erb, Sylvia Koppelberg,
Fabienne Melzer, Antonela Pelivan
Gestaltung: Gudrun Wichelhaus-Decher
Bildredaktion: Michael Schinke
Sekretariat: Beate Albrecht,
Marion Brunsfeld

www.igmetall.de/metallzeitung

Vertrieb: Reinhold Weißmann,
Telefon: 069-66 93-22 24
Fax: 069-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

Anzeigen: Petra Wedel
Telefon: 06151-81 27-0
Fax: 06151-89 30 98,
E-Mail: info@zweiplus.de

Druck und Versand: apm AG, Darmstadt

Leser-Telefon:

0800-446 38 25
Montag bis Freitag:
9:00 Uhr bis 16:00 Uhr (gebührenfrei)
Fax: 069-66 93-20 02
E-Mail: metallzeitung@igmetall.de

Leser-Briefe:

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Leserbriefe und Leser-E-Mails abzuordnen.

metallzeitung erscheint monatlich. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus FSC- und PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und in der Schweiz stammt.



Unser Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder:
metallzeitung gibt es auch als Word- oder als PDF-Datei. Bestellung an: metallzeitung@igmetall.de

Inhalt: Imagebroker.net/Photolibrary, Titelfoto: White/Photolibrary

Das ist doch echter Käse

metallzeitung 7/2011,

Recht nah dran: »Im Jobcenter herrscht ein laxer Umgang mit persönlichen Daten«

»Euer Beitrag kam so was von passend. Ich hole heute meine Post hoch, lese den Artikel, öffne meine Briefe und konnte sofort verstehen, warum Euer Bericht so wichtig ist. Ich habe von einer mir völlig fremden Person ein Profil in meiner Post vom Jobcenter. Das kann doch gar nicht wahr sein. Somit hatte ich, neben ihrem Namen, Telefon- und Mobilnummer auch noch drei Seiten Informationsmaterial zum gesamten Werdegang dieser Person. Das ist doch echter Käse. Ich hoffe, dass nicht nur ich Euren Bericht gelesen habe. Er sollte allen eine Warnung sein.«

Gabriele Holstein, per E-Mail

PSA: Ein weites Feld

metallzeitung 7/2011,

»Keine Zeit für Schutzkleidung?«

»Ihr habt nach den Erfahrungen mit der persönlichen Schutzausrüstung gefragt. Das ist ein sehr weites Feld und nach meiner Meinung sind verschiedene Umstände daran schuld, wenn es hapert. In den Großbetrieben wird das Stammpersonal umfangreich ausgerüstet und unterwiesen. Probleme gibt's, wenn fremde Firmen auftauchen. Nicht immer sind diese Kolleginnen und Kollegen gut ausgerüstet. Ebenfalls fallen mitunter Arbeiten an, die unter Zeitdruck ablaufen und nicht in das eigene Berufsbild passen. Oder es fehlt bei längeren Tätigkeiten in diesem Bereich die fachliche Unterweisung. Manchmal gibt es noch, obwohl doch sehr selten, die Schlampigkeit. Manchmal ist es mehr Glück als Verstand. Es gibt also noch viel zu tun, damit alle Kolleginnen und Kollegen heil nach Hause kommen.«

Ingo Christoph, per E-Mail

»Bei uns muss man den Arbeitgeber loben, da er für jeden Mitarbeiter eine PSA haben möchte und diese zur Verfügung stellt. Wir sind gerade dabei, eine Betriebsvereinbarung abzuschließen, die eine generelle Tragepflicht der PSA im Fertigungsbereich und den fertigungsnahen Abteilungen regelt.«

Dieter Klein, Nürnberg

»Meist ist der Zeitdruck dafür verantwortlich, dass die PSA nicht genutzt wird. Ich bin seit etwa sieben Jahren bei verschiedenen Firmen der Aufzugs- und Fahrstufenbranche beschäftigt und es ist überall das gleiche: Die Zeiten werden gekürzt und auf eine Kontrolle der Einhaltung der Sicherheitsvorschriften wird ganz bewusst verzichtet. Die Entscheidung, wie man vorgeht, bleibt beim Arbeitnehmer, der natürlich aus Angst um seinen Arbeitsplatz die Arbeit auf Kosten der Arbeitssicherheit erledigt. Zusammenfassend muss ich feststellen, dass die Bereitstellung der PSA, das Erlassen von Arbeitsanweisungen und die dazugehörigen Schulungen nur einem Zweck dienen: Die Verantwortung für Arbeitsunfälle auf den Arbeitnehmer abzuwälzen.«

Andreas Neuf, per E-Mail

metallzeitung 7/2011,
Was mich beschäftigt:

»Endstation Leiharbeit«

»So wie Reinhold N. aus dem Interview in der letzten **metallzeitung** geht es vielen in der Leiharbeit, ich selber bin jetzt auch gezwungen eine Arbeit in einer Leihfirma anzunehmen. Ich verstehe die IG Metall und Ihre Betriebsräte auch nicht, eine Zweiklassengesellschaft in einem Unternehmen zuzulassen. Auf die Politik ist schon lange kein Verlass mehr aber auf meine Gewerkschaft sollte ich mich doch verlassen können. Darum unternehme ich mit noch mehr Nachdruck etwas gegen diese Parasiten, die uns in den sozialen Abstieg treiben.«

Markus H., per E-Mail

Vom Aufschwung müssen alle was haben

FAIR & GERECHT

Der wirtschaftliche Aufschwung kommt nicht überall an. Das muss geändert werden. Sonst zahlen wir alle für die Versäumnisse von Politik und Arbeitgebern.

Jetzt liegen die Beweise auf dem Tisch. Vor »Auswüchsen des Niedriglohnssektors« oder einer »überdrehten Reformschraube« warnen die Wirtschaftsexperten und Arbeitsmarktforscher. Die Wissenschaft belegt jetzt, was die IG Metall seit Monaten kritisiert: Es gibt zu viele Niedriglohnjobs, Leiharbeit sowie andere prekäre Arbeitsverhältnisse. Die Nettoeinkommen der Geringverdiener sind preisbereinigt um 16 bis 22 Prozent gesunken. Die Zahl der Leiharbeitnehmer ist wieder über 750 000 gestiegen. Sie verdienen im Schnitt 33 bis 40 Prozent weniger als die Tarif-Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie. Trotzdem verweigert die schwarz-gelbe Regierung beharrlich die notwendige Regulierung des Arbeitsmarkts. Sie hat die Zeitbombe Leiharbeit nicht entschärft. Sie tut nichts für Geringverdiener.

Die Folgen spüren wir alle. Geringverdiener zahlen keine Steuern. Bund, Ländern und Gemeinden fehlen Mittel für Investitionen. Es fehlt an Kaufkraft, um die Binnenkonjunktur anzukurbeln. Immer mehr Menschen kämpfen trotz des Aufschwungs ums nackte Überleben. Die Rentenerhöhungen fallen viel zu niedrig aus. Sie orientieren sich an der durchschnittlichen Einkommenserhöhung. Um über 25 Prozent sind die Tariflöhne und -gehälter bei Stahl und in der Metall- und Elektroindustrie seit dem Jahr 2000 nominal gestiegen.

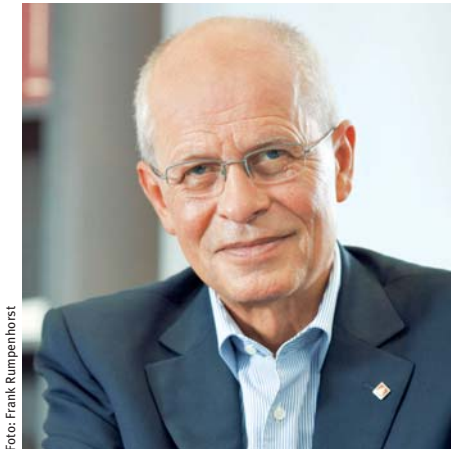


Foto: Frank Rumpenhorst

Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall:
»Von gerechter Bezahlung profitieren alle.«

Aber Verluste der Geringverdiener fressen in der gesamtwirtschaftlichen Rentenrechnung die guten Tarifsteigerungen der IG Metall auf.

Was tun? Das Prinzip »Gleiche Arbeit – gleiches Geld« für Leiharbeitnehmer muss gesetzlich geregelt und tarifvertraglich flankiert werden. Wir brauchen flächendeckend allgemeinverbindliche Mindestlöhne. Beides kostet den Steuerzahler keinen Euro. Geringverdiener erhalten damit mehr Geld und beleben die Wirtschaft. Die Sozialversicherungssysteme profitieren, die Rentenzahlungen steigen wieder spürbar. Und die IG Metall wird in den kommenden Tarifrunden der Stahl- und der Metall/Elektro-Industrie ihren Teil beitragen, dass alle Menschen vom Aufschwung profitieren. Versprochen. Wir halten Wort.

Berthold Huber

? FRAGE UND ANTWORT

Wie steht es eigentlich um die Gründung einer europäischen Industriegewerkschaft? Das wurde doch im Juni beschlossen.

Elena P. per Mail

Antwort der Redaktion:

Der Kongress des Europäischen Metallerbunds (EMB) beschloss im Juni in Duisburg nicht die Gründung eines neuen europäischen Dachverbands, sondern die vorbereitenden Arbeiten dafür zu intensivieren. Ein formaler Beschluss seitens des EMB konnte in Duisburg nicht gefasst werden. Der Grund: Es muss noch weiter an Satzungs- und Finanzfragen gearbeitet werden. Mit einer Entscheidung ist Ende November zu rechnen. Der neue EMB-Generalsekretär, Ulrich Eckelmann, wird diesen Prozess aktiv mitsteuern. Aktuelles und Infos zum Fusionsprozess gibt es unter www.emf-fem.org. ■



Kommt die Fusion zu einer europäischen Industriegewerkschaft?

»Wie kann das sein? Der Mann hat Arbeit und kann davon seine Familie nicht ernähren? Wo leben wir denn? Diese ganzen ungerecht Bezahlten, dafür muss es doch Gesetze geben! Macht bloß weiter so mit solchen Veröffentlichungen, denn wenn so etwas nicht publik wird, ändert sich nie etwas.«

Gabriele Hostein, per E-Mail

metallzeitung 7/2011,

Titelgeschichte

»Laden statt zapfen«

»Schon der Titel der metallzeitung sprach mich direkt an und ich fand im Inhalt genau die Themen, die mich besonders interessieren, und die eigentlich zu wenig beachtet werden. Als Zulieferer für die Autoindustrie stattet unsere Firma ZF viele Fahrzeuge mit Getrieben und anderen Komponenten aus. Inzwischen findet ein Wandel statt, denn mit dem verstärkten Einsatz von Elektrofahrzeugen verlieren Getriebe an Bedeutung. China befindet sich erst im Aufbau der Autoindustrie, die ganze Kraft kann dort in die Elektromobilität gesteckt werden, während in den westlichen Industrieländern hunderte von Milliarden in den herkömmlichen Fertigungsstraßen gebunden sind. Wir werden uns mit China verbünden müssen, wenn wir weiterhin erfolgreich sein wollen. Zu Recht weist Berthold Huber auf den Wandel in der Autoindustrie hin, dem wir uns stellen müssen. Arbeitsplätze verschwinden auf einer Seite, auf der anderen entstehen sie wieder, nämlich in der Elektrotechnik, in der Batterietechnik und in der Forschung.«

Reiner Wolf, per E-Mail

GEWONNEN HABEN

Juni-Rätsel

Lösungswort: Vereinbarkeit

Erster Preis: Thomas Schulze, Thallwitz

Zweiter Preis: Marion Sterzbach, Würzburg

Dritter Preis: Conny Falk, Rottweil



Foto: panthermedia.net

BILD DES MONATS

Liebe ist ...? Respekt!

Schrill, bunt und politisch: So präsentiert sich der Christopher Street Day (CSD) auch in diesem Jahr in vielen Städten. Der CSD ist ein Aktionstag gegen Homophobie sowie für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern.

Gefeiert wurde unter anderem bereits am 3. Juli in Köln. Mit dabei: die IG Metall-Jugend mit einem eigenen Paradowagen. Unter dem Motto »Gemeinsam stark für mehr Toleranz in der Arbeitswelt« zeigten rund 50 Metallerrinnen und Metaller, dass es für sie in den Betrieben keinen Platz für Homophobie gibt.

Bunte Truppe. Allein nach Köln kamen mehr als 900 000 Menschen. Ihr Motto »Liebe ist ...«. Mittendrin: der Gewerkschaftsjugendblock. Die starke, bunte Truppe kam zum Umzug am Rhein mit rund 130 jungen Leuten aus Handwerks- und Großbetrieben sowie Schülern und Studenten aus dem Ruhrgebiet.

Mit ihrer Teilnahme am CSD werben die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für mehr Respekt und Toleranz am Arbeitsplatz. In Köln gab es ein positives Feedback auf den Paradowagen der IG Metall: »Endlich mal ein Wagen mit Inhalt« war von Gästen zu hören. Und ein toller Hingucker war der IG Metall-Paradowagen (siehe Foto rechts) sowieso. ■

Gabriele.Röhrig@igmetall.de

Die IG Metall setzt sich ein für Respekt und Toleranz am Arbeitsplatz:

► www.igmetall.de/respekt

Weitere CSD-Termine zum Demonstrieren und Feiern:

► www.gay-web.de/csd



Foto: Jürgen Seidel

Kohle für Azubis

HOLZ UND KUNSTSTOFF

Jetzt gibt es in vielen Holz- und Kunststoffbetrieben mehr Geld. Vor allem für die Azubis setzte die IG Metall kräftige Lohnerhöhungen durch.

»Wer künftig Top-Fachkräfte haben will, muss Schulabgängern etwas bieten«, sagt Robert Fuss. Er führte für die IG Metall die Verhandlungen mit den Arbeitgebern der Holz- und Kunststoffbranche in Westfalen-Lippe. Die IG Metall wollte für junge Leute überproportional viel herausholen – und das hat sie geschafft. Schon ab August erhalten Azubis mehr Geld. Im November klettern ihre Vergütungen in Westfalen-Lippe im ersten Jahr von jetzt 666 auf 708 Euro, im zweiten von 711 auf 762 Euro und im dritten Jahr von 770 auf 832 Euro. Im dritten Ausbildungsjahr sind das 8 Prozent mehr.

Noch höher fiel das Plus in Sachsen-Anhalt aus. Dort gelang es, die Azubi-Vergütungen ab

August in zwei Schritten um satte 25 Prozent anzuheben.

Die Einkommen der Azubis sind sehr unterschiedlich. Die Ostdeutschen hinken am meisten hinterher; darum war das Ergebnis in Sachsen-Anhalt ein wichtiger Etappensieg auf dem Weg zu gleichen Einkommen in Ost und West.

Vier Prozent mehr. Das Tarifiergebnis für die Arbeiter und Angestellten sieht in fast allen Tarifgebieten ab November vier Prozent mehr Geld vor. Vorher gibt es drei bis vier Mal 80 bis 90 Euro extra. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Alle Abschlüsse einsehen:
► www.igmetall.de/tarifrunde-holz-und-kunststoff-2011

ZAHLEN UND FAKTEN

49 000

Rar, aber nicht teurer

Der beklagte Fachkräftemangel macht sich auf den Gehaltskonten junger Ingenieure und Naturwissenschaftler noch nicht bemerkbar. Die Einstiegsgehälter sind dieses Jahr kaum höher als 2010, zeigt eine Umfrage der IG Metall. Ein Diplom-Ingenieur verdient im Mittel 49 000 Euro brutto. Die Umfrageergebnisse im Detail:

► www.igmetall.de

→ Suchwort

Einstiegsgehälter

74

Geschuftet, dann arm

Zwischen 2003 und 2009 ist die Zahl der Rentner und Erwerbsgeminderten, die staatliche Hilfe brauchen, um 74 Prozent gestiegen: auf rund 764 000. Das hat die Bundesregierung auf Anfrage der Partei Die Linke eingeräumt. Einen der Hauptgründe für die wachsende Altersarmut sehen Experten im Anstieg der Niedriglöhne (siehe auch S. 8). Renten sind an die Arbeitseinkommen gekoppelt.

19

»Geschenk« abgelehnt

Nur 19 Prozent der Bürger sind dafür, die Steuern zu senken, fand das Institut Forsa heraus. 40 Prozent plädieren dafür, dass der Staat zusätzliche Einnahmen aus der brummenden Konjunktur für Investitionen nutzt, zum Beispiel in die Bildung und Infrastruktur. Weitere 40 Prozent würden lieber Schulden abbauen.

PFLAUME DES MONATS

Ratingagenturen: Henker, Götter, Sensenmänner – oder Ärzte?

Ein paar Typen am PC, vor denen ganze Staaten zittern. Deren Urteil Kreditwürdigkeit und Pleiten bringt – und Regierungen zu halsbrecherischen Sparpaketen zwingt. Die Ratingagenturen selbst jedoch erklären lehrmeisterlich: Nicht Ursache und Wirkung ver-



Ratingagenturen:
Das Maß aller Dinge?

wechseln! Wir machen keine Politik. Wir sind nur Analysten, die ihren Job machen. Also die Boten, die zum Buhmann gemacht werden. Im Grunde sind wir doch nur wie Ärzte, die Diagnosen stellen. Ärzte? Wie das? Doktor Moody's an Krankenkasse: »Hallo, ihr Patient ist auf Ramschniveau. Die Ausfallwahrscheinlichkeit steigt. Unsere Behandlungsempfehlung: Strom abdrehen. Den Totenschein übernehmen dann wieder wir.« ■



Bei vermeintlichen Steuergeschenken besser genau nachrechnen.

Leere Versprechen

STEUER-POLITIK

Die FDP möchte ihr Steuersenkungsversprechen einlösen. Doch Steuern runter heißt für Beschäftigte nicht unbedingt mehr Geld. Das geht nur mit vernünftiger Gegenfinanzierung.

Der Spott ließ nicht lange auf sich warten. Rettungspaket für die FDP nannten einige die Ankündigung der Bundesregierung, die Einkommenssteuern im Wahljahr 2013 zu senken. Nach ihrem dramatischen Absturz in der Wählergunst hoffen die Liberalen offenbar auf Rettung, indem sie ihr (einziges) Wahlversprechen noch vor der Bundestagswahl einlösen.

Die Wirtschaft wächst und damit die Einnahmen des Staates. In diesem Jahr kann der Bund mit rund 12 Milliarden Euro zusätzlich rechnen. Finanzminister Schäuble versuchte noch, Begehrlichkeiten im Keim zu ersticken, und schloss Steuersenkungen aus. Im Haushalt klappt schließlich ein Milliardenloch. Dank der guten Entwicklung muss sich der Staat in diesem und im nächsten Jahr weniger Geld leihen. Schulden

macht er immer noch. Doch bei der FDP stieß Schäuble auf taube Ohren. Im Herbst will die Koalition besprechen, wie die Steuergeschenke verteilt werden sollen.

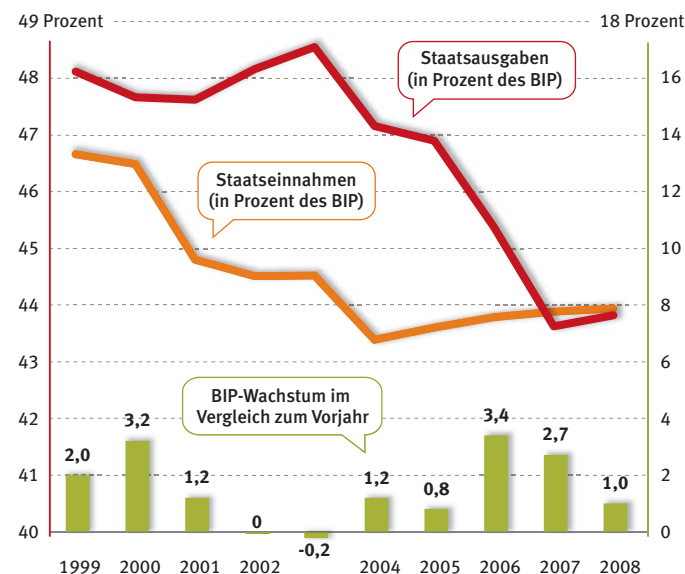
Doch wo Steuersenkung draufsteht, steckt nicht unbedingt mehr Einkommen drin. Fast die Hälfte aller Beschäftigten ginge ohnehin leer aus, weil sie aufgrund ihres geringen Einkommens so gut wie keine Steuern zahlt. Am Ende könnte der Staat Otto-Normalverbraucher und Otilie-Normalbeschäftigte zwar ein paar Euro in die linke Einkommenssteuertasche stecken, sich aber aus der rechten Tasche doppelt und dreifach bedienen. Etwa für Zusatzbeiträge, Gebühren oder Verbrauchssteuern. Finanzminister Schäuble forderte bereits, Sparvorschläge zu machen. Der Staat muss nicht nur Schulden tilgen. Geld braucht er auch für Projekte wie die



WISSEN

Wer Steuern verschenkt, hat weniger in der Kasse

Nach den umfangreichen Steuersenkungen der roten-grünen Bundesregierung im Jahr 2000 sanken die Staatseinnahmen gemessen am Bruttoinlandsprodukt und die Staatsausgaben brachen ein. Der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt sank von 48,1 Prozent im Jahr 1999 auf 43,8 Prozent im Jahr 2008.



Quelle: DGB klartext Nr. 26/2011, Zahlen: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (Wert für das Jahr 2000 ohne UMTS-Erlöse)

Energiewende und den Einstieg in die Elektromobilität. Berthold Huber warnte die Regierung davor, sich hierfür finanziellen Spielraum nehmen zu lassen. »Mit diesen Projekten sichern wir moderne Arbeitsplätze«, sagte der Erste Vorsitzende der IG Metall.

Nullsummenspiel. Zwar fordert auch die IG Metall, kleine und mittlere Einkommen zu entlasten. Damit Steuersenkungen für Arbeitnehmer aber kein Nullsummenspiel werden, müssen sie ausgeglichen werden, etwa über einen höheren Spitzensteuersatz. Um den Konsum anzukurbeln, müsse die Regierung auch nicht an der Steuerschraube drehen, sagt Huber. »Gleiche Bezahlung für Leiharbeiter und ein Mindestlohn bringen einem Viertel der Beschäftigten mehr Geld ins Portemonnaie.« Davon profitiert auch die Wirtschaft: Geringverdiener geben jeden zusätzlichen Cent fürs tägliche Leben wieder aus. Steuersenkungen dagegen können den Konsum ankurbeln, müssen es aber nicht. Wer schon genug hat, würde Steuer geschenke nur sparen.

Und die Zukunft ist ungewiss. Staatseinnahmen können sinken. Gleichzeitig greift die Schuldenbremse, die die Kreditaufnahmen von Bund und Ländern stark begrenzt. Da bliebe dann nur noch sparen. Doch wenn der Staat Sozialleistungen kürzt oder bei Rentnern und Studenten spart, schrumpft der Konsum.

Banken zur Kasse bitten.

Zusätzlichen Spielraum könnte sich der Staat durch eine Finanztransaktionssteuer verschaffen. Damit könnte er auch die Verursacher der Krise an der Schuldentilgung beteiligen. Schließlich mussten sich viele Staaten in den letzten Jahren verschulden, um Banken zu retten und die Wirtschaft über Wasser zu halten. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

RECHT NAH DRAN

Verliebt, entlassen, gestritten, gewonnen

Verliebt, verheiratet, gekündigt – das ist der erste Teil der Geschichte von Metaller Maik B. Er heiratete eine Chinesin. Der Arbeitgeber kündigte dem Ingenieur, weil er nun ein »Sicherheitsrisiko« für die Firma sei. Nach einem Jahr Rechtsstreit mithilfe der IG Metall sagt jetzt das Landesarbeitsgericht: Der Arbeitgeber hat sich rechtswidrig verhalten. Der zweite Teil hat also ein Happy End.

Die ganze Geschichte: Maik arbeitete vier Jahre als Leiharbeiter für das Rellinger Unternehmen Autoflug, einen Luftwaffen-Zulieferer. Er sollte eigentlich in eine Festanstellung übernommen werden. Der Firma war bekannt, dass er oft zu seiner Freundin Aiwu Wang nach China flog. Maik hatte sogar mit dem Sicherheitsbeauftragten der Firma darüber gesprochen. Ende 2009 heiratete der Ingenieur die Chinesin.

Die Kündigung. Im März 2010 wurde Maik plötzlich freigestellt. Die Begründung: Zum einen drohe für das Unternehmen die Gefahr, Maik könnte als Spion tätig werden. Zum an-

deren sei er durch seine chinesische Ehefrau Aiwu besonders erpressbar. Sie könnte entführt werden. Aiwu und ihre Tochter lebten damals noch in China. Nach der Freistellung folgte im Juni die nächste Frechheit: Die Kündigung. Jetzt sind es auf einmal »betriebliche Gründe«.

Der Prozess. Im August 2010 ging der Prozess los, vor dem Arbeitsgericht Elmshorn. Das Ergebnis damals: Das Gericht wies die Kündigungsschutzklage ab. Der Arbeitgeber bekam also zunächst die Bescheinigung, rechtens gehandelt zu haben. Maik und sein Anwalt vom DGB-Rechtsschutz ließen aber nicht locker und gingen in die nächste Instanz. Ende Juni 2011 krempelte das Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein die Sache um: Die Kündigung war rechtswidrig, so das Urteil. Maik freut sich. Er bekommt nicht nur Recht in der Sache, sondern auch eine nachträgliche Abfindung. Und hat endlich Ruhe in der Sache. Übrigens: Der Ingenieur arbeitet längst woanders. ■

Ilka.Grobe@igmetall.de

Ein Gesetz, das nicht schützt

Besser kein Gesetz als dieses. Dieser Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes haben sich mehr als 1300 Betriebs- und Personalräte angeschlossen. Dabei geht es um den Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Arbeitnehmerdatenschutz. Der Wille, Arbeitnehmer vor allzu neugierigen Chefs zu schützen, ist in Berlin offenbar schwach. Die IG Metall nennt den Entwurf

»Datenverwendungsgesetz«, das Arbeitgebern die Rechtssicherheit verschafft, Daten ihrer Beschäftigten zu nutzen. Das wäre ein Rückschritt hinter bestehendes Recht. Inzwischen sehen die Gewerkschaften kaum noch eine Chance, dass sich daran im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens etwas ändert. Das zeigte sich auch Ende Mai bei einer Anhörung im Innenausschuss. ■

IN KÜRZE

Strompreise prüfen

Unternehmen, die bei der Produktion viel Energie brauchen, zum Beispiel Stahl- und Aluminiumwerke, sorgen sich um ihre Wettbewerbsfähigkeit. Sie befürchten, dass mit der Energiewende die Strompreise steigen. Darum fordert die IG Metall ein Strompreis-Monitoring: Die Bundesregierung soll die Preisentwicklung und Belastungen der Firmen und privaten Verbraucher regelmäßig untersuchen. Auf dieser Datenbasis soll sie gemeinsam mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften Vorschläge erarbeiten, wie die Kosten gegebenenfalls besser verteilt werden können.



Illustration (M): panthermedia.net

Spülmaschinen zu Getrieben: Aus Bauknecht Neunkirchen wird ZF.

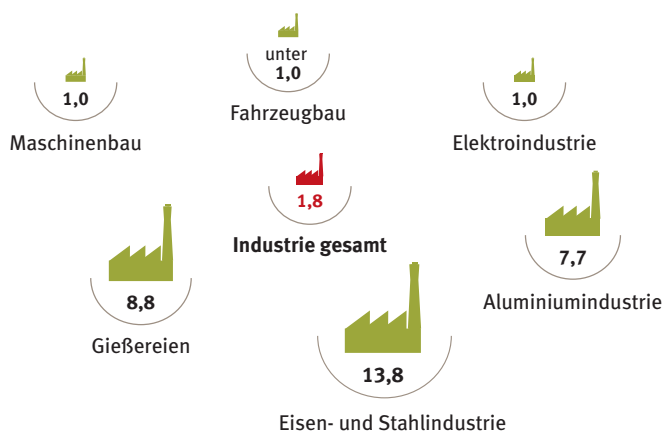
Verkauf rettet Jobs

Die 280 Beschäftigten der Spülmaschinenfabrik von Bauknecht in Neunkirchen fertigen künftig Teile für Automatikgetriebe. Der Autozulieferer ZF hat den seit Jahren kriselnden Standort gekauft, um den Auftragsboom zu bewältigen. IG Metall und Betriebsrat haben am Verkauf mitgestrickt und Druck auf Bauknecht gemacht. »Die Geschäftsleitung wusste, dass wir für die Zukunft der Beschäftigten kämpfen werden«, erklärt Jörg Caspar von der IG Metall Neunkirchen. »Unsere Lösung zeigt nun: Es geht auch ohne Kahlschlag.«

DIE ARBEITSWELT IN ZAHLEN

Stahl braucht viel Strom, Autobau wenig

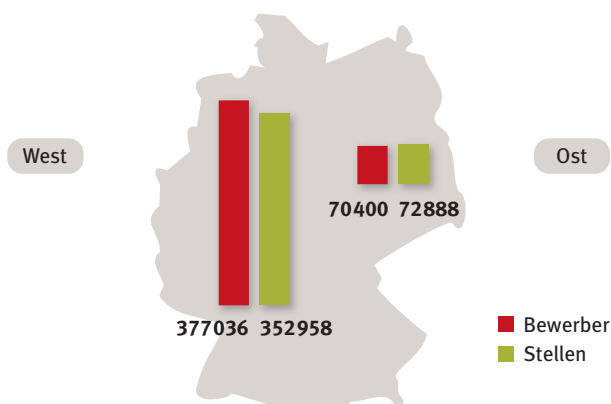
Die Wende zu erneuerbaren Energien und Kosten, die damit entstehen können, betreffen die Industrie unterschiedlich stark. So hoch ist der Anteil der Energiekosten am Umsatz (in Prozent)*:



*im Jahr 2009 | Quelle: Commerzbank Branchenreport Juni 2011

Im Westen fehlen immer noch Ausbildungsplätze

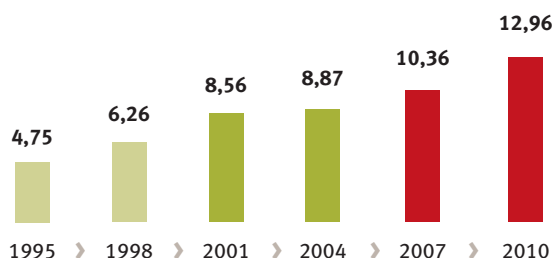
Obwohl die Wirtschaft brummt, gibt es im Westen immer noch mehr Jugendliche, die Ausbildungsplätze suchen, als Angebote (zwischen Oktober 2010 und Juni 2011):



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Renten wegen Schwerbehinderung nehmen zu

Altersrenten für schwerbehinderte Menschen* nehmen Jahr für Jahr zu. Eine der Ursachen ist steigender Leistungsdruck. So hoch ist ihr Anteil an allen Altersrenten (in Prozent):



*Schwerbehinderte können zurzeit noch mit 60 bis 62 Jahren (je nach Geburtsjahr) in Rente gehen. | Quelle: Deutsche Rentenversicherung

Infografiken: Julia Buschmann

Arme sind keine Randgruppe

INTERVIEW

Die UNO kritisiert die Armut in Deutschland. Zu Recht? Walter Hanesch befasst sich schon lange mit dem Thema – als Wissenschaftler und Berater.

Zurzeit hören wir ständig gute Nachrichten: Die Wirtschaft boomt, die Arbeitslosigkeit geht zurück. Und da kommt die UNO daher und wirft Deutschland vor, zu viel Armut zu haben. Die Regierung sagt, die UNO-Zahlen seien wissenschaftlich nicht belegt. Stimmt das?

Walter Hanesch: Nein. Die Vorwürfe lassen sich leicht durch Zahlen belegen, die auch in Deutschland vorliegen. 15 Prozent der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze, also fast jeder Siebte. Darunter sind etwa 2,5 Millionen Kinder. Im Moment erhalten 7,7 Millionen Menschen staatliche Sozialleistungen wie Grundsicherung und Hartz IV. Anspruch darauf hätte noch ein Drittel mehr.

Armut ist demnach kein Problem einer kleinen Randgruppe?

Hanesch: Nein. Heute kann jeder, auch wenn er ein passables Einkommen und eine scheinbar gesicherte Position hat, ganz schnell in Hartz IV abrutschen.

Welche Rolle spielt die Altersarmut?

Hanesch: Die Analysen zeigen, dass Rentner zurzeit unterdurchschnittlich stark von Armut betroffen sind, seltener als Familien mit mehreren Kindern oder Alleinerziehende. Aber der Anstieg ist bei den über 65-Jährigen stärker als in anderen Bevölkerungsgruppen. Alle einschlägigen

Prognosen gehen davon aus, dass die Altersarmut in den nächsten Jahrzehnten dramatisch zunehmen wird. Das hängt mit den »Reformen« zusammen, die das Rentenniveau stetig gesenkt haben. Und damit, dass die Erwerbstätigkeit bei immer mehr Menschen Lücken aufweist. Aber auch und vor allem mit der Zunahme von geringfügiger und Teilzeitarbeit, schlechter bezahlter Leiharbeit und Niedriglöhnen und damit verbunden: niedrigen Rentenbeiträgen.

Der UNO-Bericht rügt die »Ungerechtigkeiten auf dem deutschen Arbeitsmarkt«.

Hanesch: Wir hatten schon immer ein Zwei-Klassen-System in der Arbeitswelt. Aber früher gab es schlecht bezahlte und schlecht geschützte Beschäftigungsverhältnisse nur in Randbereichen. Dramatisch ist, dass sie zunehmend zum prägenden Prinzip für die gesamte Arbeitswelt werden. Der Anteil der Erwerbstätigen in der Bevölkerung ist zurzeit so hoch wie noch nie. Aber zugleich haben wir auch den höchsten Anteil an prekären Beschäftigungsverhältnissen. Aber seit Ende der 1990er-Jahre klappt die Einkommensschere immer weiter auseinander. In den mittleren Einkommensgruppen sind immer weniger Menschen, in den unteren und obersten immer mehr.



Foto: Martin Leissl

Walter Hanesch ist Professor für Sozialpolitik und Sozialverwaltung an der Fachhochschule Darmstadt.

Die Gewerkschaften prangern die prekären Beschäftigungsverhältnisse schon lange an.

Hanesch: Aber die Politik will nichts unternehmen, um diese Entwicklung zu stoppen. Im Gegenteil: Die Bundesregierungen – auch schon die vorherige – haben sie ja durch ihre Politik künstlich befördert. Die Merkel-Regierung sieht es überhaupt nicht als ihre Aufgabe an, Armut zu bekämpfen. Das wird ihr in dem UNO-Bericht auch vorgeworfen. Sie hat im vergangenen Jahr auf EU-Ebene massiv dazu beigetragen, dass das Ziel, die Armut zu verringern, aufgeweicht wurde. Das einzige, was die Regierung umtreibt, ist: die Erwerbsbeteiligung zu erhöhen, Langzeitarbeitslosigkeit zu verringern. Und das um jeden Preis. Unter welchen Bedingungen die Betroffenen arbeiten, ob sie von den Löhnen leben können, interessiert die Regierung nicht.

Was müsste denn passieren?

Hanesch: Um Armut vorzubeugen, ist beispielsweise ein gesetzlicher Mindestlohn wichtig. Und staatliche Leistungen müssten tatsächlich ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Die Bundesregierung hat das Votum des Bundesverfassungsgerichts, das eine Neuregelung von Hartz IV erzwingt, nicht umgesetzt. Die Regelleistungen sind ja – gemessen daran, was nach wissenschaftlichen Standards als Bedarf anzusehen ist – viel zu niedrig. Das rügt auch die UNO.

Sind besonders Migranten von Armut betroffen?

Hanesch: Unter Migranten ist der Anteil der Armen deutlich höher als in der »restlichen« Bevölkerung. Am schlimmsten ist die Lage von Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylbewerbern. Sie müssen von Hilfe leben, die noch niedriger ist als Hartz IV.

Was ist mit den anderen?

Hanesch: Je länger Migranten in Deutschland leben, desto stärker gleichen sich ihre Lebensverhältnisse an die der Deutschen ohne Migrationshintergrund an. Studien zeigen, dass die Integrationserfolge viel größer sind als öffentlich wahrgenommen wird. Natürlich gibt es auch in der zweiten und dritten Generation Probleme, vor allem beim Übergang von der Schule in den Beruf.

Nur 24 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund finden einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Warum so wenige?

Hanesch: Abgesehen von Sprachproblemen und schlechteren Schulabschlüssen können sie sich meist auch schlecht »verkaufen«. Oft baut sich schon in der Kindheit die Einstellung auf: Wir haben eh keine Chance, und dann reagieren Jugendliche mit Aggressivität und Motivationsmangel.

Armut bekämpfen kostet Geld. Vermutlich halten Sie Steuerenkungen für keine gute Idee.

Hanesch: Stimmt. Die Bürger wollen das auch nicht. Sie wollen funktionierende Sozialsysteme und eine gute Infrastruktur, vor allem in der Bildung. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de



WISSEN

UNO: Deutschland muss Armut stärker bekämpfen

Anfang Juli machte ein Bericht des UNO-Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte Furore. Darin geht der Ausschuss hart mit der Bundesrepublik ins Gericht: Zu viele Menschen würden unter der Armutsgrenze leben, vor allem Kinder. Und die Regierung unternehme nichts dagegen. Außerdem geißelte der Ausschuss »Ungerechtigkeiten« auf dem deutschen Arbeitsmarkt und dass Migranten bei der Bildung und Beschäftigung benachteiligt würden. Die Bundesregierung wies die Kritik zurück. Eine Sprecherin des Arbeitsministeriums erklärte, die Kritik sei »nicht durch wissenschaftliche Fakten belegt«.

IN KÜRZE

Alstom: Endlich Ergebnis

Monatelang wehrten sich die Beschäftigten des Schienenfahrzeugbauers Alstom gegen einen Stellenabbau. Mit Erfolg. Jetzt gibt es einen Standortsicherungsvertrag für das Werk in Salzgitter. Darin werden betriebsbedingte Kündigungen bis Ende August 2016 ausgeschlossen. Zentrale Umfänge des Stahlrohrbaus bleiben am Standort in Salzgitter erhalten.



Größe Gedenktafel aus Stahl für die Loveparade-Opfer in Duisburg

Azubis bauen Mahnmal

Azubis von Thyssen-Krupp in Duisburg-Hamborn haben ein Mahnmal für die 21 Jugendlichen gebaut, die am 24. Juli 2010 bei der Loveparade starben. Der Konzern hat die 3,50 Meter hohe und 6 Meter breite Stahlplatte gestiftet. Die Tafel mit den Namen der Toten wurde zum Jahrestag der Katastrophe nahe der Unglücksstelle aufgestellt.

Thönnessen ist tot

Werner Thönnessen, ein enger Weggefährte des früheren IG Metall-Vorsitzenden Otto Brenner, ist gestorben. Der Unternehmersohn kam nach dem Studium 1957 zur IG Metall. Er war lange Leiter der Pressestelle. Später wechselte er als Stellvertretender Vorsitzender zum Internationalen Metallgewerkschaftsbund. Thönnessen wurde 82 Jahre alt.

Vor Ort

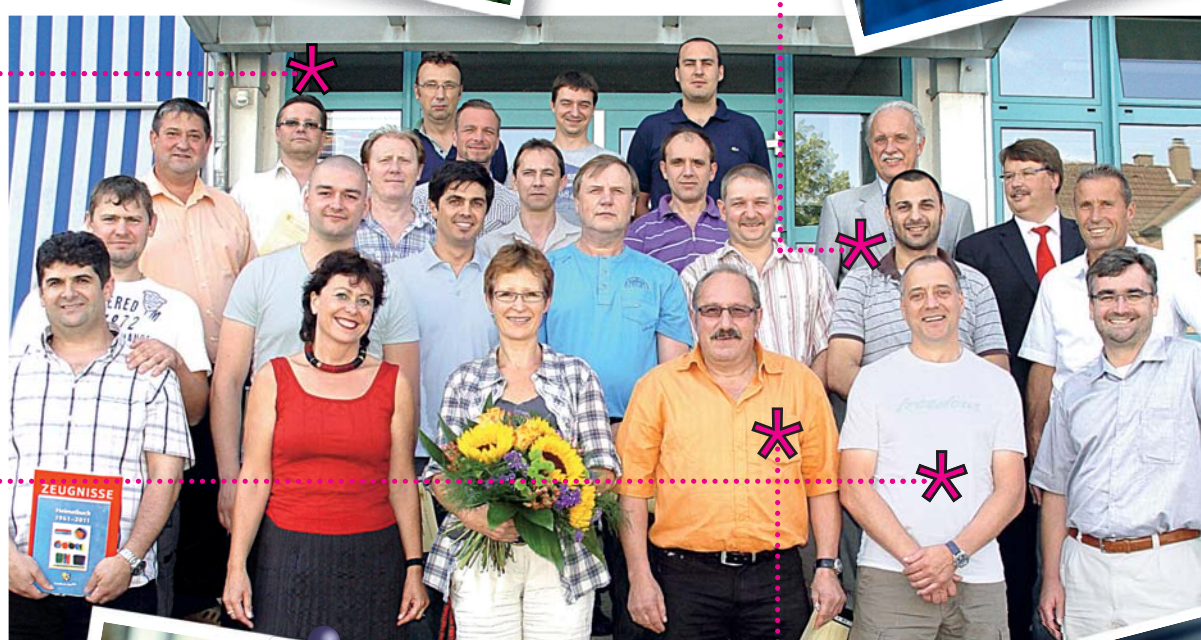
Gregor Fredyk, 45. Beim ersten Deutschtest zitterten ihm die Hände. Aber mit der Unterstützung seiner Kollegen hielt er durch.

Foto: Gustavo Alabiso



Marco Salvo, 36. Der Zusammenhalt in der Klasse war gut. Am Ende spornten sie gegenseitig zu immer besseren Leistungen an.

Foto: Gustavo Alabiso



Alle diese 20 »Schüler« bestanden ihre Ausbildung zum Fertigungsmechaniker. In der Mitte: die Klassenlehrerin. Links daneben: Claudia Peter von der IG Metall in Gaggenau.

Foto: Privat



Foto: Gustavo Alabiso

Dieter Cyron, 44. Noch mal zur Schule gehen, noch mal lernen – für Dieter Cyron war es eine Chance, die er genutzt hat.

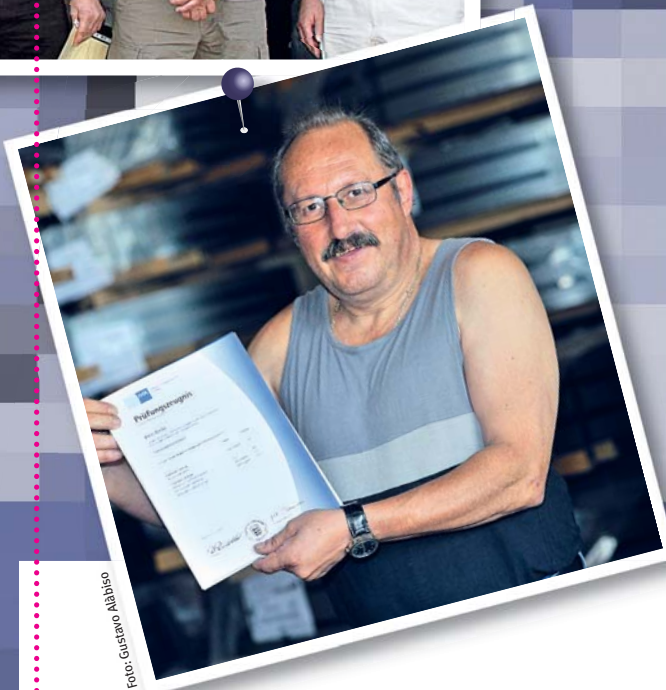


Foto: Gustavo Alabiso

Alois Becht, 55. Seine letzte Schulstunde lag 38 Jahre zurück, als er die Umschulung zum Fertigungsmechaniker anfang.

Eine Klasse für sich

AUSBILDUNG FÜR JEDES ALTER

Nach Jahren wieder die Schulbank drücken? Bei dem Gedanken wurde einigen mulmig. Doch dann wagten zwölf KWH-Beschäftigte nach vielen Jahren im Beruf noch einmal das Abenteuer Ausbildung. Der Beginn einer Erfolgsgeschichte, an die nicht immer alle geglaubt hatten.

Der Geruch nach Bohnerwachs, die Stühle, die Tische, die Tafel. Für einen Moment fühlte sich Dieter Cyron um ein Vierteljahrhundert zurückversetzt. Er war wieder Schüler. Der gelernte Schreiner hatte sich entschlossen, eine Ausbildung zum Fertigungsmechaniker zu machen. Nun saß er mit 42 Jahren in der Schule, schaute an die Tafel, hörte seiner Lehrerin zu und schrieb Klassenarbeiten. Es war alles genau wie damals in seiner alten Schule, und doch ganz anders. »Mit 16 denkt man, hoffentlich ist die Stunde bald rum. Ich will ins Freibad. Mit Anfang 40 denkt man, diese Chance bekommst du nicht noch einmal. Nutze sie.«

Das Abenteuer Schulbank 40plus begann für Dieter vor zwei Jahren. Sein Betrieb, der Automobilzulieferer KWH im badischen Gaggenau, steckte tief in der Krise. Es drohte Kurzarbeit, vielleicht sogar Entlassung. Wäre es soweit gekommen, hätte er als Schreiner im Metallbereich kaum etwas Vergleichbares gefunden – trotz jahrelanger Berufserfahrung. Warum also nicht in die Schule gehen, statt in die Kurzarbeit?

Das Lernen lernen. Den Arbeitgeber hatten IG Metall und Betriebsrat schnell überzeugt. Ein Förderprogramm der Arbeitsagentur übernahm den größten Teil der Kosten. Die zwölf Teilnehmer standen zwei Jahre nur mit einem Zuschuss auf seiner Gehaltsliste. Und danach bekäme er fertige Facharbeiter zurück. Auch die Berufsschule war sofort dabei. Die Umschüler sollten in eine eigene Klasse kommen. Die Idee fand Claudia Peter, Bevollmächtigte der IG Metall in Gaggenau, einfach logisch. Einzige Bedingung für die eigene Klasse: Es mussten mindestens 20 Schüler sein. Zu den zwölf KWHler gesellten sich Kollegen aus Nachbarbetrieben und fünf Arbeitslose. Alles lief prima, bis, ja bis der Tag kam, an dem die 20 bei der Arbeitsagentur zum psychologischen Test antreten mussten. Am Computer sollten sie Fragen beantworten und räumliches

Denken beweisen. Einige gerieten ins Schwitzen. »Natürlich beherrschen wir räumliches Denken. Sonst könnten wir unsere Arbeit nicht machen. Aber die Testsituation war ungewohnt«, sagt Dieter. Immer wieder fragten die Prüflinge nach. Immer unwirscher reagierte die Testleiterin. Viele zweifelten an ihrer Entscheidung. Ein halbes Dutzend bekam von der Arbeitsagentur den Stempel: »Für die Umschulung nicht geeignet.« Als ein Kollege aufgeben wollte, sagte Dieter ihm: »Das schaffen wir schon. Wir helfen uns gegenseitig.«

Unglaublich, unfassbar. Noch heute sucht Claudia Peter nach Worten, wenn sie an den Test und das Urteil der Psychologin denkt. Von ihrem Ziel brachte sie der Rückschlag nicht ab. Sie griff zum Telefon und machte einen Termin mit dem Direktor der Arbeitsagentur. In einer Zeit, in der alle vom lebenslangen Lernen reden, sollten Menschen sich nicht mehr fortbilden können? »Dann müssen wir 50-Jährigen eben helfen, das Lernen wieder zu lernen.« Hoffnung setzte sie auf die gemeinsame Klasse. Die Kollegen würden sich gegenseitig mitziehen, da war sich Claudia sicher. Die Arbeitsagentur bewilligte schließlich die Fördermittel. Zunächst allerdings auf Zeit. Nach fünf Monaten sollten die Leistungen der Schüler bewertet werden. Wer nicht mithalten konnte, sollte die Klasse verlassen. Doch dazu kam es nicht. Alle 20 schafften diese Hürde und noch viel mehr.

Zum Beispiel Alois Becht. Mit seinen 55 Jahren war er der Älteste in der Klasse. Lange Zeit zögerte er, ob er das Abenteuer Ausbildung noch einmal wagen sollte. »Meine letzte Schulstunde lag schließlich 38 Jahre zurück.« So waren seine ersten Schritte als Schüler schön, aber auch hart. Er lernte ständig, selbst am Wochenende. »Der Zusammenhalt in der Gruppe hat mir geholfen.« Jeder konnte eine Sache besonders gut, und hat sie anderen erklärt. Wem ein Fehler auffiel, machte die anderen darauf aufmerksam. Nach einer Weile

spornten sich die späten Schüler zu immer neuen Höchstleistungen an.

Marco Salvos Augen leuchten, wenn er an den Zusammenhalt in der Klasse denkt. »Das war irre. Wir waren so gut, dass wir uns am Ende über eine 2,5 geärgert haben.« Der 36-Jährige arbeitete bis vor zwei Jahren bei Harman Becker. Die Produktion wurde nach Ungarn verlagert und 950 Leute mussten gehen. Als die Arbeitsagentur ihm die Umschulung anbot, überlegte er nicht lange.

Alle für einen. Sie lernten zusammen, lösten gemeinsam Aufgaben und traten füreinander ein. Etwa wenn Kollegen wie Gregor Fredyk an der Sprache scheiterten. Am Anfang verstand der 45-Jährige nur Bahnhof. Sein Deutsch reicht aus, um sich mit den Kollegen zu unterhalten. Aber eine komplizierte Textaufgabe verstehen? Da brauchte er doppelt so lange wie seine Kollegen. Beim ersten Deutschtest zitterten ihm die Hände. Bei solchen Problemen sprachen Alois und Dieter – die Klassensprecher – mit den Lehrern. Als sie einen Lückentext bekamen, erklärten sie der Lehrerin: »Das können unsere ausländischen Kollegen nicht.« Danach kam kein Lückentext mehr.

Eine neue Situation auch für die Lehrer. Die meisten hatten es sonst mit 17-Jährigen zu tun, die frisch von der Schule kommen. Nun saßen ihnen mehrere Jahrzehnte Berufserfahrung gegenüber. Da kam es auch schon mal vor, dass die Schüler ihrem Lehrer erklärten, wie ein technischer Prozess funktioniert.

In den Familien lief ebenfalls manches anders. Zu Hause lernten Gregor und Alois gemeinsam mit ihren erwachsenen Töchtern. Nur hörten jetzt die Väter zu, nicht die Kinder.

Auf dem neuesten Stand. Zwei Jahre büffeln, pauken und schwitzen zahlten sich schließlich aus. Anfang Juni bekamen sie ihre Abschlusszeugnisse. Alle 20 haben bestanden. Alle mit guten Noten. Fünf von ihnen wurden für besonders gute Leistungen ausgezeichnet. Alois hält sein Zeugnis in der Hand: Abschlussnote 2,3. Zufriedener Stolz steht in seinem Gesicht. Dann sagt er, und es klingt, als würde er immer noch über sich selbst staunen: »Man gehört zum alten Eisen und ist trotzdem auf dem neuesten Stand.« ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Erste Hilfe ist Pflicht

RECHT SO

Wer nach bestem Wissen und Gewissen privat oder im Betrieb Erste Hilfe leistet, muss bei Schäden weder Ersatz leisten noch strafrechtliche Konsequenzen fürchten.



Tjark Menssen ist Jurist bei der DGB Rechtsschutz GmbH.

Foto: Olaf Hermann

Jedes Jahr verunglücken nahezu eine Million Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Ausübung ihrer Tätigkeit. Bei einem Unfall hängt die Verhinderung größeren Schadens nicht selten davon ab, wie schnell geholfen werden kann. Das muss nicht immer ärztliche Hilfe sein. Schon das beherzte Eingreifen von Kolleginnen und Kollegen kann Leben retten. Niemand sollte sich scheuen, Erste Hilfe zu leisten oder sich zum betrieblichen Ersthelfer ausbilden zu lassen. Etwa, weil einem nicht klar ist, was im Notfall zu tun sei oder man Angst hat, noch größeren Schaden anzurichten.

Jeder muss helfen. Erste Hilfe kann und muss zunächst einmal jeder leisten und nicht nur derjenige, der einen Kurs besucht hat oder zum betrieblichen Ersthelfer ausgebildet wurde. Jeder, der Erste Hilfe leistet wie er es nach bestem Wissen und Gewissen kann oder gelernt hat, ist dazu nach dem Gesetz verpflichtet. Darum können Ersthelferinnen und Ersthelfer nicht zum Schadensersatz herangezogen werden.

Das gilt selbst für den Fall, wenn unsachgemäße Hilfe geleistet wird und sich der Schaden tatsächlich verschlimmert, solange man nicht grob fahrlässig oder vorsätzlich handelt.

Jeder kann und muss dafür sorgen, dass sich ein eingetretener Schaden nicht verschlimmert. Das Vertrauen, jemand anderes wird gleich kommen und helfen, schützt dabei nicht. Denn im Notfall ist die Zeit entscheidend, die bis zur Hilfeleistung verstreicht. Dazu muss man nicht immer medizinisch selbst eingreifen. Es kann

auch notwendig und ausreichend sein, die Unglücksstelle wie bei einem Autounfall abzusichern oder Hilfe zu rufen. Alles was getan werden kann ist besser, als einen Verletzten seinem Schicksal zu überlassen. Denn wer es unterlässt zu helfen, kann sich sogar strafbar machen.

Sogar eine Ordnungswidrigkeit oder Straftat kann gerechtfertigt sein, wenn ein Helfer dadurch einen größeren Schaden von einem Menschen abwenden kann. Zum Beispiel, wenn es notwendig erscheint, ein Fahrzeug zu entwenden, um einen Verletzten mit überhöhter Geschwindigkeit zum Arzt zu bringen.



WISSEN

Broschüre und Material

Ausführliche Informationen zu »Rechtsfragen bei Erste-Hilfe-Leistungen durch Ersthelfer« enthält die gleichnamige Broschüre der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV). Den Ratgeber sowie Sicherheitshinweise gibt es als PDF-Dokument im Internet zum Herunterladen unter:

www.dguv.de/ersthelfer

Hals nicht riskieren. Helfen kann nur, wer sich selbst nicht in unzumutbarer Weise in Gefahr begibt. Erleidet ein Helfer selbst einen Sach- oder Gesundheitsschaden, so kann er vom Verletzten, dessen Haftpflichtversicherung oder der gesetzlichen Unfallversicherung Schadensersatz erhalten. Bei Verletzungen durch eine Erste-Hilfe-Leistung im Betrieb greift der Versicherungsschutz der Berufsgenossenschaft oder Unfallkasse. ■

Arbeitslose dürfen in Urlaub

Arbeitslose können bis zu drei Wochen Urlaub machen und erhalten in dieser Zeit weiterhin ihr Arbeitslosengeld I. Voraussetzung für den Urlaub: Man beantragt diesen beim Jobcenter. Der Arbeitsvermittler darf die sogenannte Ortsabwesenheit aber nur dann genehmigen, wenn

keine Vorstellungstermine oder Fortbildungen anstehen. Das Merkblatt »Arbeitslose – Umzug und Reisen« unter www.arbeitsagentur.de enthält Infos rund um den Urlaub. ■

Drei Wochen Ferien sind erlaubt.



Foto: panthermedia.net

CGZP-Urteil: Jeder Fall ist anders

Wer in der Zeitarbeitsbranche gearbeitet hat oder immer noch arbeitet, sollte einen Blick in seinen Vertrag werfen. Möglicherweise schuldet sein Arbeitgeber ihm Geld. Nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts ist die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften (CGZP) nicht tariffähig. Damit sind alle Tarifver-

träge, die die CGZP mit Verleihern geschlossen hat, ungültig. Da in diesem Fall »gleiche Arbeit, gleiches Geld« gilt, können Leiharbeitnehmern Nachzahlungen zustehen. Ob und in welcher Höhe muss aber in jedem Einzelfall geklärt werden. Wie man seine Ansprüche geltend macht:

www.igmetall.de/cgzp-geld



Hurtigruten

PRÜFSTAND

Stromschlag durch Schmutz

Wer kennt das nicht? Beim Arbeiten mit dem Winkelschleifer entsteht feiner Schleifstaub. Dieser Metallstaub wird dann oft über die Kühlluftöffnung angesaugt und lagert sich im Gerät ab. Mit der Zeit entsteht im Motorgehäuse eine elektrisch leitfähige Schicht.

Die Gefahr. Ein Arbeitsunfall ist programmiert: Denn diese Schicht kann die Ursache für einen Stromschlag sein. Nämlich dann, wenn der leitfähige Metallstaub eine leitende Verbindung zwischen Stromkreislauf und Gehäuse herstellt.

Mehr Kontrollen. Vor allem Gehäuse von älteren Maschinen sind so konstruiert, dass Staub eindringen kann. Damit es nicht zum Unfall kommt, müssen ältere Winkelschleifer mindestens vierteljährlich sorgfältig gereinigt sowie kontrolliert werden.

Die beste Lösung: Die alten Winkelschleifer durch neue Geräte ersetzen. Die neuen Schleifmaschinen sind so konstruiert, dass sich durch den Metallstaub kein Kriechstrom mehr bilden kann. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de



Ob alt oder neu: Elektrogeräte müssen regelmäßig gereinigt und überprüft werden.



MS Vesterålen



13-tägige Reise
ab € **1.299,-** p. P.

3 % Rabatt für IGM-Mitglieder und deren Mitreisende



Ihre Reiseroute

Die schönste Seereise der Welt

Erleben Sie das Land der Trolle und Fjorde von seiner schönsten Seite: Mit Ihrem Hurtigruten-Schiff fahren Sie in kleinste Fjorde und meistern engste Schiffspassagen vor der Kulisse der Gletscher Norwegens. Auf dieser Traumreise besuchen Sie die malerischen Städtchen Bergen, Trondheim und Ålesund sowie auf Wunsch das Nordkap, durchfahren den Raftsund nahe der Lofoten und überqueren zweimal den Polarkreis!

Ihr Schiff: MS Vesterålen

Das freundlich eingerichtete Hurtigruten-Schiff der mittleren Generation (Baujahr 1983, modernisiert 1995) fasst max. ca. 500 Gäste und verfügt über 7 Passagierdecks, Lift, Rezeption, Restaurant, Café, Lounges, Souvenirshop, Internetecke und Spielzimmer. Eine deutschsprachige Reiseleitung steht Ihnen an Bord zur Verfügung.

Die **Kabinen** verfügen größtenteils über zwei getrennte untere Betten (in Kategorie I und A teilweise je ein Ober- und Unterbett), Dusche/WC und Föhn. Die Innenkabinen sind ca. 6 – 10 qm, die Außenkabinen mit Bullauge oder Fenster (in Kategorie J eingeschränkt bzw. keine Sicht) ca. 6 – 13 qm groß. Die Bullaugen können je nach Wetterlage auf Anordnung des Kapitäns geschlossen werden.

Ihre **Vollpension** besteht aus einem reichhaltigen Frühstücksbuffet, einem Mittagsbuffet sowie einem 3-Gang Abendmenü.

Ihr Mittelklassehotel in Bergen:

Die zentral gelegenen Hotels der Mittelklasse bieten Rezeption, Restaurant und Bar. Die Zimmer sind mit Dusche/WC, Telefon, TV und Föhn ausgestattet.

- Inkl. Linienflug und Transfers
- Inkl. Rail & Fly
- Inkl. Vollpension an Bord
- Inkl. 1 Übernachtung in Bergen

Inklusivleistungen pro Person

- Flug mit KLM, Lufthansa (oder gleichwertig, Umsteigeverbindung möglich) vom gebuchten Flughafen nach Bergen und zurück in der Economy Class
- Rail & Fly (innerdt. An-/Abreise zum/vom Flughafen 2. Klasse inkl. ICE-Nutzung)
- Alle Steuern, Gebühren und Luftverkehrssteuer
- Transfers gemäß Reiseverlauf
- Seereise gemäß Reiseverlauf
- 11 Übern. in der gebuchten Kabinenkategorie
- Vollpension an Bord wie beschrieben
- Trinkgelder an Bord
- Teilnahme an allen Bordveranstaltungen
- Deutschsprachige Reiseleitung an Bord
- 1 Übern. inkl. Frühstück nach der Kreuzfahrt in Bergen
- Eintritt in das Hurtigruten-Museum „Stokmarknes“
- Ein- und Ausschiffungsgebühren



Termine und Preise 2012 pro Person in €

Hurtigruten – die schönste Seereise der Welt mit MS Vesterålen

Abflughäfen und Zuschläge in €: Hamburg (0,-) / Düsseldorf (0,-) / Frankfurt (+40,-) / München (+20,-) / Berlin (+20,-)

Kabinenkategorien (Kabinenbezeichnung der Reederei)	01.02.	23.02.	27.03.	18.04.* / 21.05.* 17.08.* / 28.08.*	01.06.* / 23.06.* 04.07.* / 26.07.*
2er Innenkabine Kat. I	1.299,-	1.449,-	1.549,-	2.099,-	2.299,-
2er Außenkabine Kat. A	1.399,-	1.549,-	1.699,-	2.299,-	2.499,-
2er Außenkabine Kat. N	1.549,-	1.649,-	1.799,-	2.499,-	2.799,-
2er Außenkabine Kat. P	1.599,-	1.699,-	1.899,-	2.699,-	2.999,-
Zuschlag Einzel Innen	299,-	299,-	299,-	899,-	1.499,-
Zuschlag Einzel Außen (alle Kat.)	399,-	399,-	399,-	1.099,-	1.799,-

Kennziffer: 55571

Buchungscode: Z1N48P

*Hinweis: Bei allen Anreisen ab 18.04.12 wird zwischen Ålesund und Trondheim zusätzlich Geiranger angelaufen. Reisebestimmungen für deutsche Staatsbürger: Für diese Reise benötigen Sie einen für die Dauer der Reise gültigen Personalausweis oder Reisepass. Staatsangehörige anderer Länder wenden sich bitte an die zuständige Botschaft.

Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung, die Sie nach Buchung erhalten. Daraufhin wird eine Anzahlung von 30 % (mind. 25,- €) auf den Reisepreis fällig. Restzahlung 30 Tage vor Reiseantritt, anschließend erhalten Sie Ihre Reiseunterlagen.

Reisetelefon: 01805 – 990 160

(Festnetzpreis 0,14 €/Min., höchstens 0,42 €/Min. aus Mobilfunknetzen), Täglich von 8.00 – 22.00 Uhr

Reiseveranstalter: DGB-Reisen GmbH · 44137 Dortmund · www.dgb-reisen.de



Solidarität in Europa

DER ANDERE BLICK

Vom Schuldenmachen der Griechen hat die deutsche Wirtschaft kräftig profitiert. Statt jetzt die Südeuropäer als »faul« zu beschimpfen, wie es die Kanzlerin tat, müssen Europas Regierungen die Krise solidarisch meistern, fordert der Wissenschaftler Stefan Collignon. Europa müsse endlich zu einer echten politischen Union reifen.



Europas Länder müssen gemeinsam solidarisch einen Schutzschirm für den Euro aufspannen.

Das europäische Haus steht in Flammen und niemand scheint es retten zu wollen. Die Finanzkrise von 2008 hat Europa in eine Riesenrezession gestürzt und massive Einkommensverluste nicht nur bei privaten, sondern auch bei den öffentlichen Haushalten verursacht. Um die Konjunktur zu stützen, haben sich Regierungen überall in der Welt verschuldet. Das war unvermeidlich. Und jeder seriöse Ökonom weiß, dass sich der Staat in einer Rezession verschulden muss, weil andernfalls die Massenarbeitslosigkeit ins Unerträgliche steigt.

Auf Pump. Das Problem in Griechenland war, dass die konservative Regierung Karamanlis schon vor der Krise heimlich Geld gepumpt hat und dem sozialistischen Nachfolger Papandreou der Schuldenberg in der Krise rasch über den Kopf wuchs. Damit wurden die Finanzmärkte nervös. An den Märkten agieren professionelle Anleger, die aus den Ersparnissen

ihrer Kunden das Beste herausholen müssen, und da ist Unsicherheit gefährlich. Die Zinsen für griechische Staatsanleihen stiegen, und bald griff die Krise auf Irland, Portugal, Spanien und jetzt auch noch Italien über.

In dieser Lage müssten die im Europäischen Rat versammelten Regierungschefs die Märkte beruhigen. Bundeskanzlerin Angela

Merkel hingegen goss ständig Öl ins Feuer. Erst erklärte sie, man müsse Griechenland aus der Eurozone werfen können, dann zündelte sie, dass die Südeuropäer zu viel Urlaub hätten (was nachweislich nicht stimmt). Am Ende läuft es darauf heraus, für Griechen und andere Südländer dürften deutsche Steuerzahler nicht zahlen. Folge: Die Märkte fielen in Panik.

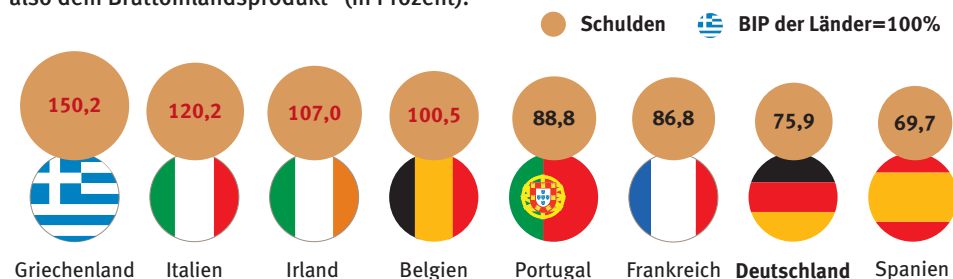
Allerdings haben die Deutschen bisher gar nichts »bezahlt«. Im Gegenteil. Als die Finanzmärkte Griechenland, Irland und Portugal den Geldhahn abdrehen, sprangen die Mitgliedsstaaten mit Krediten ein. Die Europäische Zentralbank stellte notwendiges Geld zur Verfügung. Das war nötig, um den Zusammenbruch des Bankensystems zu verhindern.



WISSEN

Fast alle Euroländer haben hohe Schuldenberge aufgetürmt

So hoch sind die Schulden 2011 im Verhältnis zu dem, was die Länder erwirtschaftet haben, also dem Bruttoinlandsprodukt* (in Prozent):



*geschätzt | Quelle: EU-Kommission / Eurostat

Aber Kredite sind kein verlorenes Geld. Vielmehr müssen Schuldner an ihre Gläubiger Zinsen zahlen. Diese Zinsen fließen ja zurück, zumindest solange Griechenland nicht den Staatsbankrott erklären muss. Hinzu kommt, dass die Südeuropäer mit dem geliehenen Geld deutsche Waren kaufen. Ohne ihre Nachfrage würde sich das heutige Wirtschaftswunder – überspitzt gesagt – schnell ins Nichts auflösen.

Abgewürgt. Frei nach der Devise »Strafe muss sein« hat die Bundesregierung Griechenland und Irland ein Sparprogramm diktiert, das auch die schwächsten Zeichen wirtschaftlicher Wiederbelebung im Keim erstickt. Seit 2009 ist das Bruttoinlandsprodukt in Griechenland um 10 Prozent gefallen, privater Konsum um 12 und Investitionen um 45 Prozent. Die Exporte waren zuerst um 20 Prozent gesunken, haben sich jetzt aber wieder erholt. Löhne und Pensionen wurden nominal um 10 bis 20 Prozent gekürzt, Staatsausgaben gestrichen und Steuern erhöht. Wo soll da noch Wirtschaftswachstum herkommen?

Solidarität. Dabei gäbe es einen einfachen Ausweg: Solidarität. Europäische Integration schafft Gewinner und Verlierer. Nicht nur zwischen Ländern, sondern auch zwischen Wirtschaftssektoren. Wenn die Europäische Union als Ganzes gewinnt, sollten die Gewinner den Verlierern helfen. Wenn die Finanzmärkte kein Geld an Mitgliedsstaaten leihen, dann müssen alle Regierungen gemeinsam einspringen, bis sich die Situation wieder beruhigt. Solidarität hieße, dass die Europäische Union sogenannte Eurobonds ausgäbe, also Euro-Anleihen, die von Mitgliedsstaaten garantiert werden. Mit den so aufgebracht Mitteln können sich Griechenland und eventuell andere Staaten refinanzieren, ohne Opfer der Finanzspekulation zu werden. Die Sparer in Europa und der Welt, auch in China, kaufen die Anleihen, weil sie sicherer sind als die der einzelnen Mitgliedsstaaten.

Wenn Griechenland so Geld zu günstigeren Konditionen erhielte und auch nur ein schwaches Wachstum von einem Prozent (vor der Krise waren es drei Prozent) erzielen und zugleich zu den Staatshaushaltvolumina früherer sozialistischer Regierungen zurückkehren würde, wäre die Schuldenkrise beendet.

Zugleich könnten Infrastrukturprogramme, wie von Helmut Schmidt vorgeschlagen, die griechische Wirtschaft wieder ankurbeln. Das wäre notwendig.

Zum Autor



Foto: Marcia Liebermann

Stefan Collignon, 59, Professor für politische Ökonomie an der Sant'Anna School of Advanced Studies in Pisa und an der Universität Hamburg. Vorher: Forschungsdirektor der Assoziation für die Europäische Währungsunion in Paris und Unterabteilungsleiter in der Europaabteilung des Bundesfinanzministeriums. Collignon schrieb Bücher und eine Reihe von Zeitungsartikeln zu Europa.

in einem Land, indem inzwischen mehr als jeder Sechste arbeitslos ist.

Allerdings steht da noch die deutsche Regierung im Weg. Denn die Schuldenkrise ist in erster Linie eine politische Krise. Der größte Mitgliedsstaat diktiert den anderen die Bedingungen und dabei wird das europäische Gemeininteresse mit Füßen getreten. Alle Bürger Europas, auch die Deutschen, leiden darunter.

Es fehlt eine echte politische Union, in der die Bürger gemeinsam eine europäische Regierung wählen, die die Interessen aller Bürger wahrt. Europa muss mehr Demokratie wagen. ■

www.stefancollignon.eu

DAS STICHWORT

Renten Anpassung

Eine ziemlich krumme Zahl präsentierte die Arbeitsministerin da. 0,99 Prozent haben Rentner seit 1. Juli mehr in der Tasche. Die Zahl zauberte sie nicht aus dem Hut, sondern rechnete sie aus. Dazu nimmt die Ministerin jenen Prozentsatz, um den die Bruttoeinkommen im Vorjahr gestiegen sind (in Westdeutschland laut Ministerium 2010 um 3,1 Prozentpunkte). Davon zieht sie »Riesterfaktor« und »Nachhaltigkeitsfaktor« ab. Der Riesterfaktor überträgt die Belastung der Beschäftigten durch private Altersvorsorge auf die Rentner und Rentnerinnen. Der Nachhaltigkeitsfaktor spiegelt Änderungen im Verhältnis Beitragszahler/Rentenbezieher wieder.

Plus unterm Strich. Das funktioniert nur in den Jahren, in denen Einkommen steigen. Es gab aber immer wieder Phasen, in denen sich die Einkommen der Beschäftigten negativ entwickelten. Damit in solchen Jahren die Renten nicht gekürzt werden, führte der Gesetzgeber die

»Rentengarantie« ein. Sie sicherte 2010 die Rentenhöhe, allerdings zum Preis einer Nullrunde. Damit fiel auch die Rentenminderung durch Riester- und Nachhaltigkeitsfaktor aus. Sie wird mit dem Ausgleichsfaktor nachgeholt. Nach Abzug von Riester-, Nachhaltigkeits- und Ausgleichsfaktor bleiben 2011 unterm Strich: plus 0,99 Prozent.

Die Politik begründete die Einführung dieser Faktoren damit, mehr Gerechtigkeit zwischen Jung und Alt zu schaffen. Nach Ansicht der IG Metall ging es nur um Umverteilung zu Lasten der Beschäftigten. Ziel der Reformen ist es, den Beitragssatz stabil zu halten. Profitiert haben davon vor allem Arbeitgeber. Arbeitnehmer müssen die entstandene Lücke privat schließen, wenn sie im Alter nicht unter die Armutsgrenze fallen wollen.

Lücken im Arbeitsleben, Minijobs oder Leiharbeit lassen vielen Beschäftigten kaum finanziellen Spielraum, um fürs Alter vorzusorgen. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Kaffee: Gerne, aber nicht zuviel

ARBEIT UND GESUNDHEIT



Geliebter Büro-Kaffee: Zuviel davon macht nicht wach.

Viele glauben, dass Kaffee den Flüssigkeitshaushalt im Körper durcheinanderbringt. Und zwar weil man durchs Koffein mehr Wasser ausscheidet als ohne. Die neuesten Studien zeigen aber, dass dieser Effekt bei bis zu sieben Tassen Kaffee am Tag nicht eintritt. Es ist trotzdem ratsam, den Tag über auch nicht-koffeinhaltige Getränke zu trinken. Denn zu viel Kaffee hat andere gesundheitliche Nebenwirkungen, zum Beispiel kann der Blutdruck steigen. Und zu viel Koffein führt auch zu einer Gewöhnung: Man braucht Kaffee dann deshalb, um auf sein normales Wach-Niveau zu kommen. Er wirkt dann nicht mehr stimulierend, auch nicht bei »noch mehr«. ■



Harman-Becker-Beschäftigte trommelten für den Standort Schaidt, mit Unterstützung aus anderen Betrieben.

Foto: Björn Kray Iversen

Verlagerung verhindert

DA GEHT WAS

Die US-Konzernspitze hatte das Aus und die Verlagerung bereits beschlossen. Doch die Beschäftigten des Autoradio- und Navibauers Harman Becker in Schaidt haben mit Kampf und Taktik ihr Werk und ihre Arbeitsplätze gesichert.

»Wir haben die Verlagerung verhindert«, freut sich Petra Meyer-Spreckic, Betriebsratsvorsitzende beim Autoradio- und Navibauer Harman Becker im pfälzischen Schaidt. Letzten Herbst war die Verlagerung bereits beschlossene Sache. Die von Finanzinvestoren kontrollierte US-Konzernspitze wollte nach Ungarn, wo sie einen »Best cost-Standort« mit EU-Geldern hochgepöppelt hatte.

Doch die Belegschaft kämpfte mit vielen Aktionen für ihre Jobs. Fernsehen und Radio waren dabei, als über Weihnachten und Silvester eine Mahnwache vor dem Werk blieb. Anwohner und Gewerbetreibende versorgten die »Uffbasser« (pfälzisch für »Aufpasser«) im Bau-

wagen. »Wir bekamen Lebensmittel, Strom, Heizung und Internet«, erinnert sich der Stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Stefan Glaser. »Und der Pfarrer überließ uns die Kirche für Versammlungen.«

Mit Kampf und Taktik. Zugleich suchten Betriebsrat und IG Metall nach Käufern für das Werk – und

fanden mithilfe der rheinland-pfälzischen Landesregierung mehrere Interessenten. Aber die Konzernspitze ließ den schon fast perfekten Verkauf in letzter Minute platzen.

Doch die Beschäftigten gaben nicht auf: Im Februar gingen die Warnstreiks los. Die Zahl der IG Metall-Mitglieder im Betrieb war auf über 90 Prozent gestiegen.



WISSEN

»Uffbasse«: Blog zum Kampf bei Harman Becker

Die »Uffbasser« haben gebloggt. Die Ereignisse zum Nacherleben:

► uffbasse.info/blog

Deutscher Betriebsrätepreis

Eine Jury kürt die besten Betriebsräte des Jahres. Hintergründe:

► www.deutscherbetriebsraete-preis.de

Die Warnstreiks in Schaidt wirkten sich auch auf die Kundenunternehmen, auf Audi, Mercedes, Porsche und VW aus. »Ohne unsere Systeme laufen die Autos nicht. Das war unser Vorteil«, erklärt Meyer-Spreckic. »Aber auch eine Gratwanderung: Wenn wir überziehen, suchen sich die Kunden langfristig andere Lieferanten.«

Dazu kam es nicht: Koordiniert über die IG Metall setzten sich die Betriebsräte der Autohersteller für die Belegschaft in Schaidt ein. In Protestbriefen wandten sich die Kundenunternehmen schließlich gegen die Harman-Konzernspitze und ihre Verlagerungspläne.

Gerettet. Im März gab die Konzernspitze nach und unterschrieb zwei Tarifverträge: Betriebsbedingte Kündigungen sind bis Ende 2013 ausgeschlossen, der Standort ist bis März 2016 gesichert. Und auch danach machen hohe Abfindungen Entlassungen sehr teuer.

Der Betriebsrat ist gerade für den Betriebsräte-Preis 2011 nominiert worden. Und auch unbeteiligte Beschäftigte honorieren die Leistung, berichtet Meyer-Spreckic. »Etwa die, die aus der Elternzeit zurückkommen. Die sagen von sich aus: »Super, dass ich meinen Job noch habe. Wie kann ich bei Euch IG Metall-Mitglied werden?«« ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Schlotter, bibber, schnief

TIPP FÜR DEN JOB

Draußen schwitzen, drinnen schniefen: An heißen Sommertagen laufen die Klimaanlage in den Büros auf Hochtouren. Aber zu niedrige Raumtemperaturen sind uncool, denn sie können krank machen.

Bei Temperaturen um 30 Grad Celsius fällt es schwer, sich zu konzentrieren. »Hitzefrei« wie zu Schulzeiten ist Arbeitnehmern im Sommer nicht vergönnt. Wohl dem, der einen klimatisierten Arbeitsplatz hat. Oder?

Draußen heiß, innen Eis. Bei Außentemperaturen von 30 oder mehr Grad Celsius und hoher Luftfeuchtigkeit holt man sich im klimatisierten Büro leicht eine Erkältung: Der abrupte Wechsel zwischen hohen und niedrigen Temperaturen stresst das Immunsystem und schwächt die Abwehrzellen. Der Schweiß kühlt ab, die trockene Luft reizt die Schleimhäute der oberen Luftwege. Viren haben ein leichtes



tes Spiel. Um gerade im heißen Sommer abrupte Temperaturschwankungen zu vermeiden, dürfen Klimaanlage also nicht zu kühl eingestellt werden. Mehr als sechs Grad Temperaturunterschied zwischen drinnen und draußen sollten es nicht sein.

Prima Klima. Bei 20 bis 22 Grad Raumtemperatur fühlen wir uns so richtig wohl und sind voll leistungsfähig. Bei extrem hohen Außentemperaturen darf es im Büro auch etwas wärmer sein. Bei mehr als 26 Grad ist jedoch die Grenze, rät die Arbeitsstättenverordnung. Tipp: Jalousien und Fenster schließen. Abhilfe schafft auch regelmäßiges Stoßlüften. Nach dem Lüften heißt es wieder: Alle Schotten dicht. ■

Sylvia.Stahl-Schindler@igmetall.de



WISSEN

Ratgeber »Raumklima«

Der IG Metall-Ratgeber »Raumklima« gibt Tipps, wie man das Klima am Arbeitsplatz verbessern kann. Auf der Ratgeberseite im IG Metall-Internet:

► www.igmetall.de/ratgeber

IN KÜRZE

Elternzeit und Urlaub

Arbeitgeber dürfen Beschäftigten in Elternzeit Urlaubstage nur für volle Kalendermonate abziehen. Das Bundesarbeitsgericht hat entschieden (AZ: 9 AZR 197/10), dass einem Arbeitnehmer, der die Elternzeit mitten im Monat beginnt oder beendet, für den jeweiligen Monat der Urlaub nicht gekürzt werden darf. Das Bundeselterngeld- und -elternzeitgesetz schreibt nämlich vor, dass der Urlaubsanspruch nur um ein Zwölftel für jeden vollen Kalendermonat der Elternzeit gekürzt werden darf, so die Richter.

30 Jahre 30 Tage

30 Tage tariflichen Urlaub gibt es noch nicht ewig. Vor genau 30 Jahren haben IG Metall-Mitglieder die sechs Wochen Zeit zum Ausspannen für die westdeutsche Metall- und Elektroindustrie erkämpft. 1963 gab es bloß 19 Tage. Geschenkt wurde den Metallern nichts. In den 1970er-Jahren haben sie fast sechs Wochen für mehr Urlaub gestreikt. Erst 1981 waren die 30 Tage durchgesetzt. Gesetzlich gibt es übrigens immer noch nur 20 Tage Urlaub.

Mutterschutz zählt mit

Mutterschutzzeiten zählen bei der Wartezeit einer betrieblichen Zusatzrente mit. Das entschied das Bundesverfassungsgericht im April (1 BvR 1409/10). Der Grund: Arbeitgeber rechnen Krankheitszeiten auch voll als umlagefähige Monate bei einer Altersvorsorge an. Das müsse auch für Zeiten im Mutterschutz gelten, so urteilten die Richter. Mehr zum Beschluss:

► www.bundesverfassungsgericht.de/presse.html

Anzeige



Foto: Imagebroker.net/Photolibrary

RANKLOTZEN NACH DER KRISE

ARBEIT UND AUFSCHWUNG

Gut, dass der Laden wieder brummt und Krise und Kurzarbeit vorbei sind, sagen viele. Sie krepeln die Ärmel hoch, damit sich die Gehalts- und Arbeitszeitkonten wieder füllen. Aber allmählich artet die Arbeit in Stress aus. Experten und Betriebsräte befürchten, dass sie immer mehr Beschäftigte krank macht. Dagegen gibt es ein wirksames Rezept: mehr Leute einstellen, mit unbefristeten Verträgen.





Das Wirtschaftswachstum lässt die Funken sprühen. Vor allem in der Automobilindustrie brummt es.

Die Arbeitszeiten werden wieder länger

Wie sich die täglichen Arbeitszeiten, das Arbeitsvolumen und die Kurzarbeit seit 2010 in der gesamten Wirtschaft entwickelt haben (im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr):

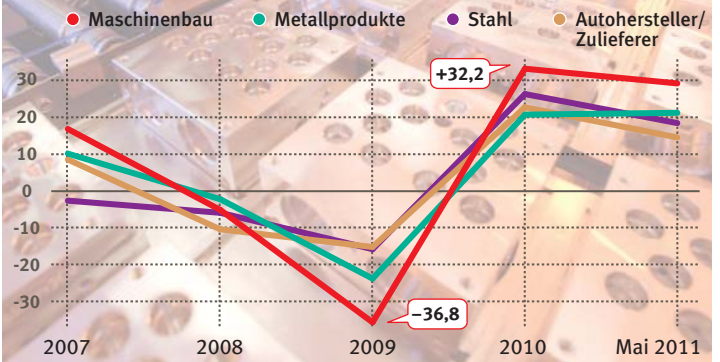
	2010	1. Quartal 2011
Arbeitsvolumen aller Beschäftigten im gesamten Jahr	+3,0 Prozent	+3,3 Prozent
Tägliche Arbeitszeit*	+1,8 Prozent	+1,3 Prozent
Guthaben auf Zeitkonten**	+12,2 Stunden, davon: +8,4 nach Krise wieder aufgebaut +3,8 zusätzliche	+2,8 Stunden
Zahl der Kurzarbeiter	-235 191	-39 513

Quelle: Bundesagentur für Arbeit/IAB

*Durchschnitt aller Arbeitnehmer/-innen
**je Beschäftigten/Durchschnitt

Die Auftragsbücher der Firmen sind voll

So haben die Auftragsrückstände in verschiedenen Branchen seit 2007, dem letzten Jahr vor der Krise, ab- und wieder zugenommen (in Prozent, im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr):



Quelle: Statistisches Bundesamt, Infografik: Julia Buschmann, Foto: TRW Automotive

VON SYLVIA KOPPELBERG UND FABIENNE MELZER

Uli Kunz konnte es förmlich spüren, wie die Last der vergangenen Monate von den Menschen im Betrieb abfiel. »Als der Aufschwung kam, haben wir alle aufgeatmet«, erinnert sich der Betriebsratsvorsitzende des Automobilzulieferers Kirchhoff. Der Betrieb im Sauerland hat die Krise ohne Entlassungen überstanden und seit vergangenem Jahr sogar 55 Beschäftigte neu eingestellt. Dennoch beobachtet Kunz, wie sich die Arbeit verdichtet. »Wenn der Kunde Teile braucht, müssen wir liefern.« Und im Moment braucht der Kunde viele Teile. In der normalen Arbeitszeit ist das nicht mehr zu schaffen. Viel Luft nach oben sieht Kunz nicht mehr. »Wir arbeiten schon im Drei-Schicht-Betrieb.«

Rekordjahr. Die deutsche Wirtschaft produziert seit Monaten eine positive Schlagzeile nach der anderen: »Daimler steuert Rekordjahr an«, »BMW steigert Absatz in China deutlich«, »Deutsche Stahlindustrie arbeitet weiter am Anschlag« – lauten die Rekordmeldungen aus den Firmenzentralen. Vor allem aus der Autoindustrie. Der Verband der Automobilindustrie rechnet damit, das bisherige Spitzenjahr 2008 noch einmal zu toppen: Knapp sechs Millionen neue Autos werden 2011 die Werkhallen verlassen. Aber auch der Maschinenbau, die Stahlindustrie und andere Branchen arbeiten wieder auf Vorkrisenniveau oder steuern sogar auf neue Höchststände zu. Es gibt zwar auch immer noch Kurzarbeit, zum Beispiel bei Druckmaschinenherstellern wie Manroland in Augsburg. Aber sie sind inzwischen die Ausnahme.

Dass gerade die deutsche Wirtschaft wieder so boomt, liegt vor allem daran, dass ihre Haupt-Exportländer nicht so stark von der Krise betroffen waren. Denn den neuen Aufschwung verdanken die Firmen vor allem Kunden im Ausland. Und da sind es vor allem die »BRIC-Länder«, also Brasilien, Russland, Indien und China. In China, der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt, konnte sich die deutsche Autoindustrie Jahr für Jahr ein immer größeres Stück vom Kuchen abschneiden. Zurzeit haben Autos made in Germany im Reich der Mitte einen Marktanteil von 21 Prozent. In Indien konnten deutsche Pkw-Hersteller dieses Jahr bisher um gut 18 Prozent zulegen, in Russland sogar um 60 Prozent. Auch in den USA wächst der Absatz deutscher Hersteller schneller als der Markt insgesamt.

Noch ist der Aufschwung frisch. Nach Bankenpleiten, Wirtschaftskrise, vielen Monaten in Kurzarbeit und der Angst, dass es noch schlimmer kommt, ist ein sicherer Arbeitsplatz für die meisten Menschen im Moment das höchste Gut. Als sich die Auftragsbücher wieder füllten, standen sie überall in den Startlöchern, bereit, die Ärmel hochzukrempeln.

Zum Beispiel Christa Bürzele. Die Ingenieurin bei Bosch in Reutlingen war froh, als es wieder mehr zu tun gab. »Wir haben die Krise ja auch finanziell gespürt«, sagt die 47-Jährige. Doch mit den Aufträgen wuchs auch die Arbeit. Acht-Stunden-Tage sind für sie inzwischen die Ausnahme. Zwar sucht Bosch in einigen Bereichen neue Ingenieure. Doch nicht überall werden neue Leute eingestellt, berich-

tet Christa Bürzele. Noch sei die Unsicherheit groß, wie es im Herbst weitergeht. Wie sehr sie die Arbeit schlaucht, spürt sie abends und am Wochenende, wenn ihr selbst ein Gespräch mit Freunden zu viel ist. Damit ist sie nicht allein. »Die Stimmung unter den Kollegen wird gereizt. Daran merkt man, dass viele auf dem Zahnfleisch gehen.«

Die Bilanz nach einem Jahr Aufschwung: Viele arbeiten inzwischen am Limit. Facharbeiter stehen nachts und am Wochenende an den Maschinen. In den Büros haben die Arbeitstage zehn Stunden. Mit den vollen Auftragsbüchern kehrten viele Unternehmen zu alten Mustern zurück: Wie bereits vor der Krise werden lieber Stundenkonten aufgebaut statt neue Beschäftigung. Diese Personalpolitik geht auf die Knochen der Stammbesetzung.

Volle Konten. Viele Arbeitgeber versuchen, immer noch ein bisschen mehr aus der Belegschaft herauszuholen. Betriebsräte haben alle Hände voll zu tun, Begehrlichkeiten abzuwehren und Vereinbarungen, die etwa Ältere vor Schichtarbeit schützen, zu verteidigen. Dabei sitzen sie immer öfter zwischen den Stühlen. Vielen Beschäftigten kommt die Mehrarbeit recht. Wer aus der Kurzarbeit kommt, freut sich über mehr Geld. Mit Zusatzschichten füllen Arbeitnehmer Stundenkonten wieder auf, die sie in der Krise leer räumen mussten.

Eine Stimmung, die sich nach Ansicht des Arbeitsmediziners Detlef Glomm wieder wenden wird. »Irgendwann wollen die Beschäftigten

Fortsetzung auf Seite 20 ►►



Foto: Nigel Treblin/dapd

Auch die Stahlindustrie profitiert vom Wachstum. Der Preis dafür: Die Beschäftigten klagen über Rücken- und Schlafprobleme.

Fortsetzung von Seite 19 >>>

auch wieder entlastet werden«, sagt der Vizepräsident des Verbands Deutscher Betriebs- und Werksärzte. Viele Belegschaften wären zurzeit deutlich überlastet. Am Ende steigt nur der Krankenstand.

Sowie bei Continental im sächsischen Limbach-Oberfrohna und Stollberg. Dort beobachtet Betriebsratsvorsitzender Andreas Richter, dass die Belegschaft an Grenzen stößt, auch gesundheitlich. »Seit letztem Jahr haben wir Aufträge ohne Ende, es gibt keinen Fertigungsbereich mehr ohne 21-Stunden-Schichten und die Zahl der Beschäftigten mit 40-Stunden-Verträgen steigt.« Für Richter ist es kein Zufall, dass im gleichen Zeitraum der Krankenstand um etwa drei Prozentpunkte stieg. Zwar stellte der Betrieb seit letztem Jahr

180 neue Leute ein. Dennoch verdichtete sich die Arbeit: »Inzwischen müssen weniger Kollegen mehr Anlagen bedienen.« Jetzt arbeitet er an einem neuen Schichtmodell, um die Wochenendschichten für den Einzelnen zu verringern. Er drängt darauf, mehr Leute einzustellen.

Rückenprobleme. Auch Roman Selgrath, der Betriebsratsvorsitzende der Dillinger Hütte, kann ein Lied von überlasteten Kollegen singen. Obwohl das Stahlwerk im Saarland schon eine ganze Reihe Neue eingestellt hat, darunter junge ehemalige Leiharbeiter, kommen Kollegen zu Selgrath und klagen über die Arbeitsbelastung, über Schlaf- und Rückenprobleme. Auch registriert er immer mehr psychosomatische Erkrankungen.

Eine mögliche Antwort darauf: Die IG Metall hat in Wolfsburg in vielen Firmen eine Anti-stress-Kampagne gestartet. Ihre »Stress-Messungen« zeigen eindeutig, dass das Arbeitsvolumen, die Belastungen und der Zeitdruck stark gewachsen sind. Vor allem da, wo der Druck vor dem Boom schon hoch war: bei hochqualifizierten Angestellten in Projektarbeit, bei Entwicklern, Ingenieuren. Für den örtlichen IG Metall-Geschäftsführer Frank Patta ist klar: »Da rollt etwas auf uns zu. Wir müssen unbedingt neue Konzepte gegen den ausufernden Stress entwickeln.«

Auch bei VW Nutzfahrzeuge in Hannover zog der Betriebsrat inzwischen die Reißleine. Seit Oktober 2010 gibt es dort zusätzliche Samstagsschichten, in den ersten sechs Mona-



Foto: BMW Group



Foto: Bosch

Viele Branchen wie die Automobilindustrie, der Maschinenbau sowie deren Zulieferer arbeiten wieder auf dem hohen Vorkrisenniveau.



ten dieses Jahres waren es 16. Mehr hat der Betriebsrat nicht zugelassen. »Die Freude über den Zuverdienst endet da, wo die Schichtschichten zur Belastung werden«, sagt der Betriebsratsvorsitzende Thomas Zwiebler. Die Belastungsgrenze sieht er jetzt erreicht. Ab Oktober wird wieder in drei Schichten produziert. Für die neue dritte Schicht stellt VW im Hannoveraner Werk 700 Leute ein. Überwiegend Beschäftigte der Verleihfirma Wolfsburg AG, an der der Volkswagen-Konzern beteiligt ist.

Feste einstellen. Für Jochen Homburg, verantwortlich für die Betriebspolitik beim IG Metall-Vorstand, ist klar: »Dem Personalabbau in der Krise muss nun der Aufbau folgen.« Schließlich sind auch die Stundenkonten bald wieder voll. Dann droht vor allem in den Entwicklungs- und Verwaltungsabteilungen der Verfall von Arbeitszeiten. »Das müssen Betriebsräte verhindern«, sagt Homburg. Und sie dürfen sich auf keinen Fall ihre Mitbestimmungsrechte durch pauschale Vereinbarungen zu Mehrarbeit aus der Hand nehmen lassen.« Dass Arbeitgeber ihre Personalpolitik oft mit Facharbeitermangel begründen, hält Jochen Homburg teilweise für vorgeschoben. »Solange Arbeitgeber sich gegen die unbefristete Übernahme ihrer eigenen Auszubildenden wehren, kann der Mangel nicht so groß sein.«

Statt auf Festeinstellungen greifen Arbeitgeber auch beim Personalaufbau offenbar auf Vorkrisenrezepte zurück. So meldet die Bundesagentur für Arbeit mit über 40 Millionen Beschäftigten zwar einen neuen Rekord. Aber die Statistiken aus Nürnberg haben einen großen Schönheitsfehler. Zusätzlicher Bedarf wird in der Regel durch Leiharbeit, befristete und Werkverträge gedeckt. Eine Umfrage der IG Metall unter 5000 Betriebsräten ergab, dass

nur 15 Prozent aller neu Eingestellten unbefristete Verträge erhalten.

In einzelnen Regionen und Branchen blitzt allerdings an einzelnen Stellen auch schon die Sonnenseite des Aufschwungs für Beschäftigte durch. »Den Boom musst du ausnutzen. Jetzt ist Arbeitnehmerzeit«, sagt Bruno Frenzel. Er ist Stellvertretender Betriebsratsvorsitzender bei der Maschinenbau-firma Deckel Maho in Pfronten. Er sagt das zwar schmunzelnd, meint das aber durchaus ernst. Bei der Gildemeister-Tochterfirma im Allgäu, in der Fräsmaschinen hergestellt werden, hat vor einiger Zeit in einer Abteilung jeder Zehnte von sich aus gekündigt. Stress mit Vorgesetzten, Unzufriedenheit über die Arbeitsbedingungen – es kam einiges zusammen. Wenn jemand eine qualifizierte Fachkraft ist, muss nur ein anderer Betrieb kommen und bessere Konditionen bieten, und schon ist er weg. Geschäftsleitungen müssen sich also allmählich was einfallen lassen, um begehrte Leute zu binden.

Druckmittel. Deckel Maho Pfronten hat schlechte Zeiten hinter sich. In der Krise ging das Geschäft um 60 Prozent zurück. Es gab Kurzarbeit, die Geschäftsleitung wollte 300 Leute entlassen. Es waren am Ende nur zwölf. Einige andere gingen mit Abfindungen. Der Betriebsrat setzte aber durch: Wenn sich die Konjunktur bessert, werden Ehemalige vorrangig wieder eingestellt. Und jetzt ist die Lage wieder »super«, wie Frenzel mit Genugtuung feststellt. Vor drei Monaten genehmigte der Betriebsrat keine Überstunden mehr – als Druckmittel, damit das Unternehmen Neue einstellt. Allein im Juni kehrten 24 Ehemalige, die in der Krise entlassen worden waren, zurück – mit unbefristeten Verträgen. ■

Zeit für die eigene Gesundheit

Die Arbeit auf dem Schreibtisch türmt sich und in den Produktionshallen laufen die Bänder Tag und Nacht. Die Wissenschaft weiß, dass belastende Arbeitsbedingungen krank machen. Schichtarbeit lässt sich zwar nicht immer vermeiden. Es gibt aber Möglichkeiten, sie gesünder zu gestalten. Beschäftigte können bei ihrem Betriebsrat oder ihrer IG Metall nachfragen.

■ Acht Stunden reichen

Die Kurven zeigen in eine eindeutige Richtung. Wer länger als acht Stunden am Tag arbeitet, wird häufiger krank. Beschäftigte mit Arbeitszeiten über 40 Stunden pro Woche leiden deutlich häufiger unter psychischer Erschöpfung als Menschen, die zwischen 35 und 40 Stunden pro Woche arbeiten.

■ Auf die innere Uhr hören

Jeder Mensch hat eine innere Uhr, die er nicht einfach voroder zurückdrehen kann. Bei Schichtarbeit gilt: Je mehr Nachtschichten aufeinanderfolgen, desto stärker wird der Tag-Nacht-Rhythmus gestört. Deshalb besser nur zwei, maximal drei Nachtschichten nacheinander. Danach eine lange Ruhephase. Schnelle Wechsel sind auch bei Früh- und Spätschicht besser.

■ Essen nicht vergessen

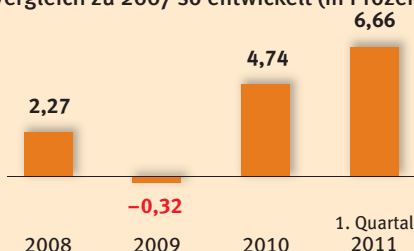
Die richtige Ernährung kann Schichtarbeit verträglicher machen. So sollten Schichtarbeiter zu immer gleichen Zeiten essen und die Hauptmahlzeiten möglichst mittags und abends einnehmen.

Fragen zu gesunder Arbeit beantwortet Andrea Fergen:

► Andrea.Fergen@igmetall.de

Löhne und Gehälter steigen wieder

Die monatlichen Bruttoverdienste* in der Industrie haben sich seit der Krise im Vergleich zu 2007 so entwickelt (in Prozent):



*ohne Urlaubs- und Weihnachtsgeld
Quelle: Eigene Berechnungen/Statistisches Bundesamt
Infografik: Julia Buschmann



Foto: panthermedia.net

Krank im Urlaub

DER RECHTSFALL

Ob Ferien auf dem Bauernhof oder an der Costa Brava: Viele Beschäftigte verreisen im Urlaub. Doch worauf müssen Berufstätige achten, wenn sie während der arbeitsfreien Zeit krank werden?

»30 Tage Bettruhe und der Arbeitnehmer ist wieder fit.« – mit diesem Attest eines Arztes aus dem Ausland wollte sich ein Chef nicht zufriedengeben und weigerte sich, das Entgelt fortzuzahlen. Zu Recht. Denn wenn ein Beschäftigter im Urlaub erkrankt, gelten für das im Ausland ausgestellte Attest unter Umständen weitergehende Kriterien als für eine in Deutschland erstellte Bescheinigung.

Per Fax vorab. Erkrankt ein Beschäftigter im Urlaub, muss er den Arbeitgeber unverzüglich darüber informieren. Auch muss man die Aufenthaltsadresse im Ausland mitteilen und wie lange man voraussichtlich krank sein wird. Das Attest muss spätestens am vierten Tag in der Personalabteilung vorliegen. Es empfiehlt sich, das Attest vorab per Fax oder E-Mail dem Arbeitgeber zukommen zu lassen und dann per Post nachzuschicken.

Ein Attest aus dem Ausland muss der Arbeitgeber nur anerkennen, wenn es unter den Län-



Mit einem Gipsbein fällt der Urlaub schnell ins Wasser.

Illustration: panthermedia.net



TIPP

Korrektur beantragen

Wer während des Urlaubs erkrankt ist, sollte nach der Rückkehr im Betrieb prüfen, ob die Krankheitszeit als nicht verbrauchter Urlaub wieder dem Zeitkonto gutgeschrieben wurde beziehungsweise eine entsprechende Korrektur beantragen.

dern ein Sozialversicherungsabkommen gibt und die dortige staatliche Krankenkasse das Attest schriftlich bestätigt oder es von einem zugelassenen Kassenarzt ausgestellt ist. Sind diese Kriterien nicht erfüllt, muss der Chef keine Entgeltfortzahlung leisten. Darum ist es ratsam, wenn man sich bei der Krankenkasse erkundigt, ob es mit dem Auslandsurlaubsziel ein Abkommen gibt und sich eine internationale Versicherungskarte ausstellen lässt. Gibt es kein Abkommen, sollte man eine (private) Zusatzversicherung für die Urlaubszeit abschließen.

Ein ärztliches Attest muss erkennen lassen, dass der Arzt neben der Dauer ausdrücklich die Arbeitsunfähigkeit und nicht nur die Krankheit bescheinigt. Rechnungen für die Versicherung müssen möglichst detailliert sein und Diagnosen sowie Art der Behandlung ausweisen.

Was viele nicht wissen: Der Urlaub darf nicht einfach aufgrund von Krankheit verlängert werden. Das geht nur nach Absprache mit dem Vorgesetzten. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Biker

ZU BESUCH BEI HEINZ URBAN

Heinz Urban hat zwei Hobbys: die IG Metall, in der er seit Jahrzehnten aktiv ist, und Motorrad fahren. Seit kurzem verbindet er beides. Mit den »Worker Wheels« im »Arbeitskreis Moped« der IG Metall Erlangen ist er für soziale Projekte unterwegs. Gerade renovierten sie eine Schule.

Der bärtige Bär in Motorrad-Kluft, mit »Kutte« und schwarzem Biker-Kopftuch, der sich vor dem Werktor der klinisch-weißen Medizintechnik-Fabrik von Siemens Med Healthcare in Erlangen aufgebaut hat, hebt sich ab. Heinrich »Heinz« Urban, 58, betreut als Betriebsrat den Kernspintomographen-Bau und ist seit über 40 Jahren in der IG Metall aktiv, als Vertrauensmann im Betrieb und in zig Arbeitskreisen. »Die IG Metall ist ein zeitintensives Hobby«, flachst er.

Und weil er noch nicht genug hatte, gründete der begeisterte Motorradfahrer letztes Jahr einen weiteren Arbeitskreis: den Arbeitskreis Moped. »Anfangs haben die Kollegen im IG Metall-Ortsvorstand noch gelächelt: Der spinnt doch, der Urban«, erinnert er sich grinsend.

Heute lacht keiner mehr. 40 Motorrad-begeisterte Metaller sind dabei. Die »Worker Wheels Erlangen«, wie sie sich draußen nennen, kreuzen auf ihren Maschinen für die IG Metall in der Öffentlichkeit auf, für Belegschaften in Not, etwa bei Warnstreiks. Und für soziale Projekte. Die Biker sammeln Spenden auf IG Metall-Veranstaltungen – un-

Beruhigt schlafen mit Tarif

DAS PRODUKT

Seit mehr als hundert Jahren sorgen Matratzen von Schlaraffia für einen erholsamen Schlaf. Ruhig schlafen können auch die 300 Beschäftigten in Bochum: Ihr Betrieb ist tarifgebunden und sie stellen laut Stiftung Warentest mit der »Basic Moon 7« die beste Taschenfederkernmatratze her. Ausgeschlafen sind auch die Nachwuchskicker vom FC Schalke 04: Die Schlafräume des Jugendinternats in Gelsenkirchen sind mit den Schlaraffia-Matratzen ausgestattet. ■

Foto: Schlaraffia



aktiv für Kids

ter anderem 1200 Euro für die Erlanger Kinderkrebsstation. »Doch das war uns nicht genug«, sagt Urban. »Wir wollten an einem eigenen sozialen Projekt arbeiten, das bislang abseits der Öffentlichkeit lag, wo niemand hinschaut.«

Biker renovieren Schule. Vor ein paar Monaten entdeckte Urban die Grundschule »Brucker Lache« in einem sozialen Brennpunkt. »Ziemlich trostlos. Da ist seit Jahrzehnten nicht mehr renoviert worden. Mitten in der Siemens-Stadt-Erlangen.«

Im April zogen die Biker ihre Fahne vor der Schule auf: »Worker Wheels in Äggschn«. Sie reinigten Schulhof und Gebäude, strichen die grauen Fassaden und legten Grünflächen an. Über »Vitamin B«, vor allem IG Metall-Betriebsräte anderer Betriebe in der Region und Unterstützer wie der Textildruckerei »Zwirn«, machten sie Material und Logistik klar. Per LKW karren sie zentnerschwere Sandsteine für ein »Klassenzimmer im Freien« heran. Dazu ein Bagerüst und Farbe. Mit Stiften, Linealen und Spitzern eines regionalen Herstellers füllten sie die Federmäppchen der Schüler auf. »Das war für viele wie Weihnachten«, erzählt Urban.

Ende Juli übergaben die Worker Wheels den Schülern auf ihrem Sommerfest ihre runderneuerte Schule. Und einen überdimensionalen Schlüssel mit dem Logo »Worker Wheels der IG Metall Erlangen«, der im Freiluft-Klassenzimmer angenagelt wird. »Klar sollen alle sehen, wer das gemacht hat, das gehört dazu.«

Wenn die »Worker Wheels Erlangen« nicht gerade auf Baustelle sind, fahren sie zu Demos und IG Metall-Veranstaltungen. Zu Treffen mit »Worker Wheels« anderer IG Metall-Verwaltungsstellen, so wie neulich im bayrischen Inzell. Oder manchmal



Per Moped und Farbeimer für ein gutes Leben: Betriebsrat und Metaller Heinz Urban.

auch zum Spaß – aber immer mit IG Metall-Fahnen. »Bei unseren gemeinsamen Fahrten muss zwar absolute Disziplin herrschen«, betont Urban, der vorneweg fährt und per Handzeichen dirigiert. »Aber wir sind kein Motorrad-Club. Bei uns sind alle gleich. Und viele Frauen sind bei uns dabei.«

Unruhestand in Sicht. Noch zwei Jahre will Urban in Betrieb und IG Metall weitermachen. Dann geht er in die Ruhephase der Altersteilzeit. 40 Jahre werden es dann bei Siemens Med für ihn gewesen sein. Eigentlich nur mal »zur Überbrückung« wollte er hier arbeiten, nach seiner Elektromaschinenbauer-Ausbildung in einem Handwerksbetrieb.

Bevor er geht will Urban sich als Betriebsrat weiter vor allem um Befristete, Leihbeschäftigte und Werkverträger kümmern. Schon jetzt übergibt er nach und nach Verantwortung an seine Abteilungsbetriebsräte. »Außer in schweren Fällen«, erklärt er. »Die Vorgesetzten wissen: Wenn der Urban kommt, dann isser da.«

Im Arbeitskreis Moped will Heinz Urban aber alles andere als kürzer treten. »Dann habe ich endlich Zeit, um richtig Gas zu geben – und um noch mehr zum Mitmachen zu begeistern.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de



MACH MIT

Worker Wheels

»Worker Wheels«, Gewerkschafter auf Motorrädern, gibt es bundesweit. Infos und Forum zum Netzwerk:

► www.igmetall.de/worker-wheels

Mehr Aktionen und Hintergründe zum Arbeitskreis Moped« der IG Metall Erlangen findet Ihr hier:

► www.worker-wheels-erlangen.de

Foto: Andreas Gummerer

Jasmin hat Respekt verdient

WAS MICH BESCHÄFTIGT

Jasmin Zöpf hieß früher Jürgen Zöpf. Trotz ihrer Namensänderung sind viele ihrer Kollegen immer noch verunsichert. Jasmin wünscht sich mehr Respekt.



Foto: Martina Strilic

Wünscht sich respektvollen Umgang: Jasmin Zöpf.

Aus Jürgen wurde bei Dir Jasmin. Was genau bedeutet »Transsexualismus« überhaupt?

Jasmin Zöpf: Es handelt sich um die innere Gewissheit, im falschen Körper zu sein. Von Kindheit an besteht eine eindeutige Geschlechtsidentität. Man merkt oft schon früh, dass die körperliche Entwicklung nicht dem eigentlichen, wahren, im Gehirn verankerten Körperidentitätsgefühl sowie der dazugehörigen Geschlechtsidentität entspricht.

Schon viele Jahre lebst Du als Frau, jetzt hast Du auch geschlechtsangleichende Operationen hinter Dir. Hast Du Probleme am Arbeitsplatz?

Zöpf: Einige sprechen über mich mit den männlichen Pronomen, also mit »er«, »ihn«, »seinem« statt mit »sie«, »ihr«, »ihrem«. Was für mich sehr verletzend und eine Missachtung meiner Persönlichkeitsrechte ist. Andere schauen, wenn sie mir begegnen, stur die Wand an und versuchen den Blickkontakt zu vermei-

den. Es gab auch den Fall, dass jemand mich mit meinem alten Vornamen angesprochen hat, bis ich ihn darauf ansprach, dass das nicht richtig ist. Seither schaut derjenige, wenn er mich sieht, weg und tut so als ob er mich nicht sieht. Harmloser ist dagegen das Geschwätz, dass ich »eigentlich ein Mann« sei.

Was glaubst Du: Woran liegt das, dass die Menschen Dir mit Unsicherheit begegnen?

Zöpf: Das liegt vielleicht daran, dass die Menschen immer noch einen Mann im Kopf haben und nun verunsichert sind wie sie sich mir gegenüber verhalten sollen.

Was würdest Du Dir für einen respektvollen Umgang mit Dir wünschen?

Zöpf: Das sind an und für sich ganz kleine Dinge. Ich würde mir wünschen, dass ich stets mit der weiblichen Form angesprochen werde. Da ich auch rechtlich weiblichen Geschlechts bin, habe ich darauf einen Rechtsanspruch, aber aus Gründen des Respekts und Anstands sollte dies eine Selbstverständlichkeit sein. Wer unsicher ist, soll mich einfach ansprechen. ■

llka.Grobe@igmetall.de

Zum Weiterlesen: Expertise zur Benachteiligung von Transpersonen im Arbeitsleben:

► www.antidiskriminierungsstelle.de
→ Publikationen
→ Suchbegriff: Transpersonen



Wieso bin ich gestresst? Die Stress-Landkarte hilft, sich zu orientieren und sich gezielt zu wehren.

Illustration: Martina Hillemann

Die Stress-Landkarte

Teil 2: Stress von innen

GUTER RAT

Weil Stress so viele Ursachen haben kann, hier der zweite Teil. Diesmal geht es um den persönlichen Umgang mit Stress und darum, wie man gemeinsam etwas tun kann.

Wann empfindet man Stress? Stress entsteht dann, wenn man das Gefühl hat, Anforderungen und Erwartungen nicht erfüllen zu können. Er äußert sich über körperliche oder psychische Beschwerden oder über beides. Auf die Dauer weiß man nicht, wie man etwas dagegen tun kann. Und das geht an die Substanz. Das Missverhältnis zwischen etwas leisten müssen und es leisten können ist in der Arbeitswelt schon fast der Normalzustand. Viele Arbeitgeber verharmlosen

das aber immer noch und sehen die »Schuld« bei den Beschäftigten selbst. Aber Fakt ist, dass Stress im Beruf rapide zunimmt. In der Produktion werden die Taktzahlen am Band ständig erhöht. In der IT-Branche hat eine Studie ergeben, dass ein Viertel der Beschäftigten Anzeichen chronischer Erschöpfung zeigt. Die Weltgesundheitsorganisation hat den beruflichen Stress zu einer der größten Gefahren des 21. Jahrhunderts erklärt. Und die seelischen Belastungen in der heutigen



Arbeitswelt waren sogar ein Schwerpunkt auf dem diesjährigen Kongress der Ärzte für Psychosomatik. Die Gewerkschaften beobachten schon seit Jahren die zunehmende Arbeits- und Leistungsverdichtung und dass vor allem auch die Verantwortung für den Markterfolg auf Einzelne abgedrückt wird.

Jeder Einzelne kann aber auch etwas bewegen: Was für eine Art Stress habe ich, und wie kann ich damit umgehen? Und auch: Wie kann eine Belegschaft gemeinsam etwas bewirken?

Ich gegen Stress. Jeder Mensch geht individuell mit Stress um. In der Fachsprache heißt das »personale Ressourcen«. Die kann man genauso wie die Stressfaktoren von außen auf der Stress-Landkarte finden.

Da ist erstens die Frage nach den Kompetenzen. Wer zum Beispiel immer wieder den »Excel-Tabellen-Horror« hat, ist vielleicht nicht genug dafür geschult. Zweitens kann jeder schauen, wie er sich den Arbeitsplatz optimal nach seinen Bedürfnissen einrichten kann. Also zum Beispiel eine ruhige Umgebung einfordern.

TIPPS

Material zum Thema:

1.) Das Faltblatt »Stress lass nach: Psychischen Belastungen auf der Spur« der IG Metall zeigt alles Wichtige zum Thema auf einen Blick: Wie man den Belastungen auf die Spur kommt, wie man Warnsignale erkennt und wie man gemeinsam handeln kann.

 www.igmetall.de/gutebueroarbeit

2.) Stress im Betrieb messen: Das IG Metall-Stressbarometer ist eine Handlungshilfe zur Beurteilung psychischer Belastungen. Er bietet einen Fragebogen und ein Auswertungsprogramm. Wenn Ihr in Eurem Betrieb das Stress-Level testen wollt, sprecht Euren Betriebsrat oder die IG Metall vor Ort darauf an. Das gleiche gilt für das Stressbürometer, welches eine an Büroarbeitsplätze angepasste Version des Barometers ist.

Ein anderer wichtiger Punkt ist die Frage, mit welcher persönlichen Haltung man Probleme angeht. Experten haben beobachtet, dass Menschen mit einer positiven Grundhaltung bezüglich ungewohnten Anforderungen besser mit Stress umgehen können als Menschen, die glauben, keinen Einfluss auf die Dinge um sich herum haben.

Zusammen gegen Stress. Die Dinge zu beeinflussen ist aber genau der Knackpunkt: Nur wer sich bemerkbar macht, wehrt sich gegen das Missverhältnis von Anforderung und Bewältigungsmöglichkeiten. Ansonsten wird der Chef immer mehr Aufgaben auf den Tisch legen. Hier sind besonders Menschen gefährdet, die sehr perfektionistisch sind oder die ihre Bedürfnisse hinten anstellen. Es lohnt sich, solche Persönlichkeitsmerkmale zu reflektieren. Muss ich wirklich so perfekt, brav oder schnell sein?

In vielen Betrieben wird Stress inzwischen zum Thema gemacht. Zum Beispiel auf Betriebsversammlungen und im Rahmen der Gefährdungsbeurteilungen. Trotzdem reicht das noch nicht aus, wie die deutlich steigenden Krankschreibungen aufgrund psychischer Probleme eindeutig zeigen. Die IG Metall drängt auf verpflichtende statt freiwillige Rahmenvereinbarungen, damit sich Arbeitgeber nachhaltig mit der psychischen Belastung auseinandersetzen.

Bei dem Stress von innen gilt also genauso wie bei den Stressfaktoren von außen: Von alleine tut sich nichts. Wer genau rausgefunden hat, was ihn stresst, der kann gezielt mit Kollegen, dem Chef, den Vertrauensleuten und den Betriebsräten ins Gespräch kommen und etwas bewirken. Damit die Arbeitgeber endlich merken, dass Stress nicht Ausdruck einer persönlichen Unzulänglichkeit ist. ■

Ilka.Grobe@igmetall.de

IN KÜRZE

BG-Wahlen

4,5 Millionen Arbeitnehmer wählen vom 15. August bis 5. Oktober ihre Selbstverwaltung bei der BG Holz und Metall. Die Wahl findet in den Betrieben statt. Viele Mitglieder der IG Metall sind in dieser Berufsgenossenschaft versichert. Die Selbstverwaltung entscheidet über Präventionskampagnen aber auch über Renten nach Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Daher IG Metall wählen!

Foto: gelbehand.de



Die gelbe Hand bedeutet: Stopp, hier kein Rassismus

Gegen Ausgrenzung

Auch dieses Jahr würdigt der Verein »Mach meinen Kumpel nicht an« kreative Beiträge gegen Fremdenfeindlichkeit. Der Wettbewerb geht bis zum 10. Dezember und heißt »Die gelbe Hand«. Im Rahmen der Initiative »Respekt« sind schon tolle Aktionen, Filme, Lieder und Plakate in der IG Metall entstanden. Bewerbt Euch!

 www.gelbehand.de/wettbewerb

Jetzt Ausbildungs-App

Nützliche Tipps und wichtige Infos rund um die Ausbildung: Das bietet das Ausbildungslexikon und ist für Azubis ein absolutes »Must have«. Endlich gibt es das Lexikon der IG Metall-Jugend auch als App für Smartphones. Schlag einfach nach, damit Dich nichts mehr überraschen kann.

 www.igmetall.de/jugend



Foto: Tankred Helm

Prüferin Jaqueline Kunze (rechts) mit Azubis bei SMS Siemag in Hilchenbach

Ausbildungs-Prüfer werden

BERUFS-AUSBILDUNG

Prüfer bei Azubi-Abschlussprüfungen ist ein wichtiger ehrenamtlicher Job: gut für die Ausbildungsqualität – aber auch für die persönliche Entwicklung der Prüfer selbst. Prüfer werden kann fast jeder. Die IG Metall hilft dabei.

300 000 ehrenamtliche Ausbildungs-Prüfer in Deutschland machen einen wichtigen Job: Zweimal im Jahr nehmen sie die schriftlichen und praktischen Prüfungen der Auszubildenden ab und bewerten sie. Umso wichtiger ist es, dass Prüfer aus der betrieblichen Praxis kommen. Die Prüfungsausschüsse der regionalen Kammern sind zu zwei Dritteln mit qualifizierten Beschäftigten aus den Betrieben besetzt, das dritte Drittel mit Berufsschullehrern.

Prüfer werden ist nicht schwer: Jeder Beschäftigte mit abgeschlossener Ausbildung und Berufserfahrung kann als Prüfer in seinem Beruf und seiner Region von den

Kammern berufen werden. Auf Vorschlag der Arbeitgeber. Oder auf Vorschlag der Gewerkschaften. So wie die 29-jährige Jaqueline Kunze, die seit anderthalb Jahren ehrenamtliche Prüferin für technische Zeichner ist. Ihr Betriebsrat bei SMS Demag im siegerländischen Hilchenbach hat sie damals angesprochen.

»Anfangs war ich skeptisch. Ich wusste ja nichts über das Prüfer-Amt«, erinnert sich Kunze. »Und viele Prüfer sind ja auch schon älter. Ich hatte Angst, dass die mich nicht ernst nehmen. Aber dann wurde ich offen aufgenommen. Und die erfahreneren Prüfer im Team unterstützen mich sehr.«

Aufwändig ist das Prüfer-Amt nicht: Zwei Tage je Prüfungstermin – also vier Tage im Jahr plus Vorbereitung reichen. Der Arbeitgeber muss die Prüfer dafür bezahlt von der Arbeit freistellen.

Kollegen prüfen Kollegen. Kompetente Prüfer aus den Betrieben sind wichtig für eine zeitgemäße und praxisnahe Berufsausbildung im Sinne der Auszubildenden. Allerdings werden viele Amtsinhaber in den nächsten Jahren in Rente gehen. Daher sucht die IG Metall nun verstärkt jüngere Prüfer und qualifiziert sie auf Schulungen.

Jaqueline Kunze ist nicht die einzige junge Prüferin in ihrer

Region. In ihrem Prüfungsausschuss sind viele weitere »Neue« um die 30 Jahre, die sie noch aus ihrer Ausbildungszeit kennt.

Das Prüferamt nutzt nicht nur den Azubis, sondern auch den Prüfern selbst, betont Kunze. »Ich bin mittlerweile super vernetzt mit anderen Prüfern und weiß, wie die Ausbildung in anderen Betrieben läuft.« Das bringt auch ihrem Betrieb was. Und schließlich auch ihr selbst: »Wenn ich mich auf die Prüfungen vorbereite, frische ich nicht nur mein altes Wissen aus meiner Ausbildung auf – sondern lerne jedesmal auch fachlich etwas Neues dazu.«

Dirk.Erb@igmetall.de

TIPP

So wirst Du Prüfer

Willst Du Verantwortung übernehmen und Deine Erfahrung einbringen?

■ Voraussetzungen

Eine Berufsausbildung und Berufserfahrung genügen, um in Deinem Fachgebiet ehrenamtlicher Prüfer zu werden.

■ Der Weg zum Amt

Deine regionale IG Metall-Verwaltungsstelle schlägt Dich über den DGB bei der regionalen Industrie- und Handelskammer (IHK) oder Handwerkskammer (HWK) als Prüfer vor.

■ Qualifizierung

Die IG Metall bietet kostenlose Schulungen für ihre Prüfer an: Recht, soziale und pädagogische Kompetenzen. Übrigens werden Prüfer dafür von der Arbeit freigestellt.

■ Interesse? Melde Dich:

Bei Deiner IG Metall-Verwaltungsstelle oder beim Prüfer-Team der IG Metall. Dort kannst Du Dich auch anmelden: pruefen@igmetall.de

 www.igmetall.de/pruefen

Per Klick bewerben

ONLINE BEWERBEN

Immer mehr Unternehmen erwarten Bewerbungen in elektronischer Form. Aber gewusst wie: Nur mit Sorgfalt und technischem Wissen kommt man zum Ziel.



besteht aus Name, Anschrift, den Telefonnummern für Festnetz und mobil sowie der E-Mail-Adresse.

Alle guten Dinge sind drei. Im Anhang der E-Mail steckt das Wesentliche: Die Bewerbung mit Anschreiben, Lebenslauf mit Foto und Anlagen wie Zeugnisse und Arbeitsproben. Diese drei Teile am besten in ein einziges PDF integrieren. Personalchefs wissen es zu schätzen, wenn sie mit einem Klick alles ausdrucken und abspeichern können.

Keinesfalls sollte man eine E-Mail mit mehreren Anhängen spicken. Es nervt den Bearbeiter, sie jeweils umständlich öffnen zu müssen. Ist die Online-Bewerbung komplett, empfiehlt sich ein Testversand an sich selbst, um zu prüfen, ob sie technisch einwandfrei ist. Verschicken sollte man sie am besten von der privaten Mailadresse, nie vom aktuellen Arbeitgeber aus. ■

Martina.Helmerich@igmetall.de

Mehr Tipps und Tricks unter:

► www.igmetall.de/onlinebewerbung

Jobsuche läuft immer öfter übers Netz. Technikwissen kann nicht schaden.

Die Vorteile von Online-Bewerbungen liegen auf der Hand: Bewerber sparen Papier, Porto und Kopierkosten. Den Unternehmen erleichtert es die Verwaltung von Bewerbungen.

Das schnellere Medium verleitet jedoch auch zu Schlampigkeit. Wer Erfolg haben will, muss bei der Online-Bewerbung genauso sorgfältig vorgehen wie bei der traditionellen Bewerbungs-

mappe. Verschickt wird die Online-Bewerbung als Anhang einer kurzen E-Mail. Wichtig ist ein prägnanter Betreff. Beispiel: »Bewerbung als Industriekauf-frau, Ihre Stellenanzeige in der SZ vom soundsovielten«. Im Textfeld erläutern, dass man sich auf eine Stelle bewirbt, und auf den Anhang verweisen. Am Ende der E-Mail die vollständige Signatur nicht vergessen. Sie

Im Osten sind noch Ausbildungsplätze frei

In den östlichen Bundesländern hat sich die Ausbildungsplatzlage gedreht: Hier gibt es mittlerweile mehr Ausbildungsstellen als Bewerber (siehe auch Seite 8), vor allem weil die Zahl der Schulabgänger deutlich gesunken ist.

Selbst namhafte Unternehmen finden nicht mehr genug Bewerber. Das zwingt die Betriebe

auch dazu, mehr zu bieten. Die IG Metall wirbt zunehmend unter Schulabgängern, keine Ausbildung unter Tarif anzunehmen – und setzt Erhöhungen der Ausbildungsvergütungen durch. Gerade kürzlich bis zu 25 Prozent in der Holzindustrie.

Ob im Raum Berlin, in Bautzen oder Zwickau: Überall gibt es

noch freie Stellen. Fragt bei Firmen, bei regionalen Arbeitsagenturen oder der IG Metall vor Ort.

Aber Achtung: Hauptschüler haben nach wie vor schlechte Karten. Trotz des Gejammers über Bewerber- und Fachkräftemangel: Ihre hohen Ansprüche von früher wollen die Betriebe dennoch nicht herunterschrauben. ■

IN KÜRZE

Stipendien für Aktive

Junge engagierte Menschen erhalten mithilfe der Hans-Böckler-Stiftung eine Chance zum Studium. Das monatliche Stipendium beträgt bis zu 597 Euro. Das Kriterium: gewerkschaftliches oder gesellschaftspolitisches Engagement. Mehr zu den Bewerbungsfristen und zum Auswahlverfahren steht unter:

► www.boeckler.de/stipendium



Engineering und IT-Tagung

Im Fokus der diesjährigen Engineering- und IT-Tagung steht diesmal der Erfahrungsaustausch über die betrieblichen Folgen zunehmend globalisierter Arbeitsbeziehungen. Das zweitägige Treffen am 21. und 22. September ist ein Angebot der Hans-Böckler-Stiftung in Zusammenarbeit der IG Metall und findet in Essen bei ThyssenKrupp statt. Interessierte Ingenieure und ITler, die Mitglied in der IG Metall sind, melden sich über ihren IG Metall-Bezirk an. Bericht von der Tagung 2010:

► www.engineering-igmetall.de/themen

Mit 2,05 Euro dabei

Für einen monatlichen Mitgliedsbeitrag von 2,05 Euro erhalten Studierende alle Leistungen der IG Metall und jede Menge Infos. Informieren und vernetzen können sie sich im IG Metall-Hochschulinformationsbüro und in den sogenannten Campus Offices:

► www.hochschulinformationsbuero.de

STRESSTEST JETZT AUCH FÜR ARBEITNEHMER

Und damit Sie die Mehrarbeit auch in der vorgeschriebenen Zeit schaffen, hab' ich Ihnen diese schöne neue Uhr spendiert.



POLO

Karikatur: André Poloczek